

Ersteinst täglich außer-Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,20 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Russlands 2,50 Mark. Einzelne, in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 669.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur
Juli 1. Nr. 4188.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. September 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benth-Str. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,
wöchentlich 28 Pfennige.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das 4. Quartal
entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.)

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil des Romans

„Die Waffen nieder!“

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner, auf Verlangen gratis nachgeliefert, worauf wir noch besonders aufmerksam machen.

Die Redaktion und Expedition des
„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Zur Lage der Post-Unterbeamteten.

Uns wird geschrieben:
Als wir in Nr. 196 (Zur Lage der Post-Unterbeamteten) das Elend der Post-Unterbeamteten, der Briefträger, ihre bedrückte Lage, ihre lebenslängliche klavische Abhängigkeit schilderten, da ahnten wir nicht, daß die Postbehörde uns so bald schon unsere Ausführungen als richtig bescheinigen würde.

Man lese folgenden Erlaß:

Berlin O., den 8. September 1892.

Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß Unterbeamte, welche sich in Geldverlegenheit befinden, mit hiesigen zweifelhafte Geschäftsleuten in Verbindung treten und von ihnen Darlehen gegen übermäßig hohe Zinsen erhalten. Die Geschäftsleute berechnen, wie aus den vorliegenden Pfandscheinen hervorgeht, für Vergabe eines Darlehens 2 Pf. Zinsen für die Mark und den Monat, was einem Zinssatz von 24 pCt. für das

Jahr entspricht. In einem zur Sprache gekommenen Falle hat ein Geldverleiher sich außerdem einen weiteren Vorteil dadurch verschafft, daß er den Betrag, über welchen der Pfandschein ausgestellt war, nicht voll in Baar ausgezahlt, sondern den Schuldner veranlaßt hat, für einen einbehaltenen Teilbetrag Waaren, und zwar Zigarren von ihm zu entnehmen. Die Zinsen sind aber zu dem vollen im Pfandschein angegebenen Betrage zu 24 pCt. berechnet worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Unterbeamten bei derartigen Geschäften bedenklich geschädigt werden. Das bereitwillige Entgegenkommen, welches die Geldverleiher Anfangs den Unterbeamten gegenüber bekundeten, und mit welchem sie die augenblickliche Geldverlegenheit beseitigten, geschieht lediglich in der Absicht, den Betroffenen das Eingehen einer Schuldverbindlichkeit zu erleichtern. Von einer völlig anderen Seite wird der Unterbeamte den Geldverleiher kennen lernen, wenn er nicht in der Lage ist, die durch übermäßige Zinsen wesentlich erschwerte Rückzahlung der Schuld regelmäßig durchzuführen; die Gefahr, nach und nach in eine Lage gebracht zu werden, die unabweislich zum völligen wirtschaftlichen Ruin führt, liegt alsdann für den Schuldner sehr nahe.

Die Herren Amts- und Vorsteher beauftrage ich, das nachgeordnete Personal in eindringlichster Weise vor der Geschäftsanknüpfung mit den geschädigten Geldverleihern zu warnen.
Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

C 12510

S. V.:
Schulze.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Die Unterbeamten befinden sich in Wucherhänden, den Schluß bildet die übliche Warnung. Es ist dieselbe Komödie, die sich unseren Augen in dem berühmten Rehbod'schen Erlaß darbot. Herr Rehbod und Herr Schulze, Beide wollen ihre Beamten — wie edel! — vor dem Ruin bewahren. Beileibe nicht durch Erhöhung des Gehalts, des so jämmerlich knapp bemessenen Wohnungsgeld-Zuschusses, nein, durch — wohlfeile Rathschläge, wie der Hungerriemen enger zu schnallen sei.

Herr Schulze scheint wirklich der Meinung zu sein, daß den Unterbeamten zugemessene Gehalt sei ein auskömmliches; er scheint wirklich in dem Glauben zu leben, ein Wohnungsgeld-Zuschuß von 80 Thalern genüge vollkommen. Herr Schulze würde sich sonst doch nicht auf eine „Warnung“ beschränken können. Die in unserer Nr. 196 ihm vor die Augen gerückten, aus den elenden Verhältnissen der Unterbeamten herausgegriffenen Fälle, die zu seiner Kenntnis gelangten Anzeigen, welche die erbärmliche Lage unzweideutig illustriren, all' dieses scheint Herrn Schulze über die so sehr verbesserungsbedürftige Lage der Unterbeamten noch nicht belehrt zu haben.

Bekanntlich werden die Unterbeamten, nachdem sie sich ca. 8—10 Jahre mit einem geringen Tagegeld (in Berlin 2,50 M. = 912,50 M. jährlich) durchgeschlagen, mit 650 oder 700 und 240 M. = 890 resp. 940 M. jährlich ange stellt. (Worin die Verbesserung liegen soll, ist wahrscheinlich nur dem sachkundigen Auge des Herrn Schulze sichtbar.) Aber schon diesen Betrag hält Herr Schulze für

einen auskömmlichen, wie nachstehender Bericht, der über die Verheirathung jedes nicht angestellten Unterbeamten an die Postdirektion erstattet wird, darthut:

Berlin, den 1892.

Der Posthilfsbote N. N. hat sich am verheirathet. Dem Genannten ist mittels Verhandlungsschrift, welche zu seinen postamtlichen Personalakten gebracht werden wird, eröffnet worden, daß er auf Unterstützung aus der Postkasse nicht zu rechnen habe, falls er aus Anlaß seiner Verheirathung vor Erlangung einer gesicherten Lebensstellung in Noth gerathen sollte.

Postamt Nr.

Wie nun aber, Herr Schulze, wenn die Unterbeamten in dieser „gesicherten Lebensstellung“, die Sie mit dem Eintritt einer Bezahlung von 940 M. (Sie verbrauchen diese Summe jedenfalls als Taschengeld, Herr Schulze) für gekommen erachten, das Bestreben hätten, als Menschen zu leben, als Menschen zu wohnen; wenn sie den auch Ihnen wohl begreiflichen Trieb hegten, an den Genüssen, die das Leben doch nicht bloß für Irsesgleichen, Herr Schulze, bietet, Theil zu nehmen, wenn sie das Bestreben zeigten, ihre Kinder in eine höhere Lebensstellung, als es ihre mit 940 M. ist, zu bringen, wenn die Unterbeamten also auch Bedürfnisse hätten? Was dann, Herr Schulze? Nicht wahr, das müssen Sie doch zugeben, dann ist, wie wir in unserer Nummer 185 („Postalisches“) schon sagten, die Inanspruchnahme der Geldverleiher gar nicht zu umgehen?

Aber, wird Herr Schulze entgegen, dazu haben wir ja unseren Post-Spar- und Vorschuhverein, besser gesagt in Rücksicht auf die Unterbeamten: „Vorschuhverein“. Ganz richtig. Aber derselbe Herr Schulze, der in Vertretung des Herrn Ober-Postdirektors Griesbach den Mund so voll nimmt und seiner Entrüstung über die 24 pCt. der Wucherer so ungeschminkt Ausdruck giebt, derselbe Herr Schulze sanktionirt in der Vertretung des Herrn Griesbach auch die für Vorschüsse aus dem Vereine zur Erhebung kommenden 5 pCt. Zinsen. Er erhebt als stellvertretender Vorsitzender dieses Vereins von den ihre Coupons vor der Verfallzeit einwechselnden Beamten (und das sind nur untere Beamte) sogar 6 pCt.! Er läßt es ruhig zu, daß die Gelder der in den höheren Postbeamten-Kreisen zu suchenden Kapitalisten dadurch, nämlich mit den saner verdienten Groschen der Unterbeamten, höher verzinst werden können, als dies in anderen Anstalten der Fall ist, wie dies mit dankenswerther Offenheit ein Spezialkollege von ihm, also auch ein „Höherer“, bei dem Herr Schulze sich bedanken mag, in Nr. 329 der „Postischen Zeitung“ eingeseht. Vielleicht gehört Herr Schulze selbst zu den Postkapitalisten, die bebauern, daß der Post-Spar- und Vorschuhverein nur Einlagen bis zum Betrage von 1500 M. annimmt. Was sagte dieser Spezialkollege des Herrn Schulze in der erwähnten Nummer der „Postischen Zeitung“ doch noch weiter? „Daraus, daß dieser Zweig des Vereins (das Vorschuhwesen) flotte Geschäfte macht“ . . . kann mit

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

133

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

„Weil“ — Friedrich zog einen Bleistift aus der Tasche und zeichnete auf ein Blatt Papier eine Spirale — „weil der Gang der Zivilisation so beschaffen ist wie dieses . . . Bewegt sich diese Linie, trotz ihrer gelegentlichen Rückwärtskrümmungen, nicht sicher voran? Das beginnende Jahr kann freilich eine der Krümmungen vorstellen, besonders wenn, wie es den Anschein hat, wieder ein Krieg geführt werden sollte. So etwas schleudert die Kultur — in jeder, in materieller wie in moralischer Beziehung — immer wieder um ein gutes Stück zurück.“

„Du sprichst nicht wie ein Soldat, mein lieber Tilling.“

„Ich spreche von einer allgemeinen Sache, mein lieber Schwiegervater. Darüber kann meine Ansicht eine richtige oder falsche sein — ob sie nun eine soldatische sei oder nicht, ist eine andere Frage. Wahrheit giebt es doch überall nur eine Wenn ein Ding roth ist — soll es einer grundsätzlich blau nennen, wenn er eine blaue Uniform, und schwarz, wenn er eine schwarze Kutte trägt?“

„Eine — was?“ Mein Vater pflegte, wenn ihm eine Diskussion nicht recht genehm war, etwas Schwerhörigkeit hervorzulehren. Auf solches „was“ die ganze Rede zu

wiederholen — dazu hatten die wenigsten Leute die Geduld, und man gab den Streit lieber auf.

Noch in derselben Nacht, nachdem wir nach Hause gekommen, nahm ich meinen Vater ins Verhör:

„Was hast Du meinem Vater gesagt? . . . Daß es allen Anschein habe, man würde sich in diesem Jahre wieder schlagen? Ich will Dich in keinen Krieg mehr ziehen lassen, ich will nicht!“

„Was hilft dieses leidenschaftliche „ich will“, meine Martha? Du wärest doch die erste, die es angesichts der Umstände wieder zurückgöge. Je wahrscheinlicher ein Krieg vor der Thür steht, desto unmöglicher wäre es mir, um Entlassung einzukommen. Unmittelbar nach Schleswig-Holstein wäre es thöulich gewesen.“

„Ach, diese elenden Schmitt u. Söhne!“ . . .

„Doch jetzt, wo sich neue Wolken ballen —“

„Du glaubst also wirklich, daß —“

„Ich glaube, diese Wolken werden sich wieder verziehen — die beiden Großmächte werden sich doch jener Nordländer wegen nicht zerfleischen. Aber weil es nun einmal drohend aussteht, würde ein Zurückziehen feige erscheinen. Das leuchtet Dir wohl ein?“

Diesen Gründen mußte ich mich fügen. Aber ich klammerte mich fest an das Hoffnungswort „Die Wolken werden sich verziehen.“

Mit Spannung folgte ich nunmehr der Entwicklung der politischen Ereignisse und den darüber in Zeitungen und Gesprächen kursirenden Meinungen und Vorhersagungen. „Rüsten“, „rüsten“ war jetzt die Losung. Preußen rüstet im Stillen. Oesterreich rüstet im Stillen. Die Preußen behaupten, daß wir rüsten, und es ist nicht wahr — sie rüsten. Sie leugnen — nein, es ist nicht wahr: wir rüsten. Wenn wir abrüsten, wer weiß, ob jene abrüsten?

So schlug die Rüsterei in allen möglichen Varianten an mein Ohr. — Aber wozu denn dieses Waffengeklirre, wenn man nicht angreifen will? fragte ich, worauf mein Vater den alten Spruch vorbrachte: Si vis pacem, para bellum: Wir rüsten ja doch nur aus Vorsicht. — Und die Andern? — In der Absicht, uns zu überfallen. — Jene sagen aber auch, daß sie sich nur gegen unseren Ueberfall vorsetzen. — Das ist heimtückisch. — Und sie sagen, daß wir heimtückisch seien. — Das sagen sie nur als Vorwand, um besser rüsten zu können.

Wieder so ein endloser Zirkel, eine sich in den Schwanz beißende Schlange, deren oberes und unteres Ende zweifache Unaufrichtigkeit ist Nur um einem Feinde zu imponiren, der den Krieg will, kann die rüstende Schreckmethode etwa des Friedens willen am Platze sein; aber zwei Gleichgesinnte, Frieden Wollende, können unmöglich nach diesem System handeln, ohne daß Jeder fest überzeugt sei, daß der Andere mit leeren Phrasen lügt. Und diese Ueberzeugung wird nur so fest, wenn man selber hinter den gleichen Phrasen dieselben Absichten versteckt, deren man den Gegner beschuldigt. Nicht nur die Anguren — auch die Diplomaten wissen von einander genau, was jeder hinter den öffentlichen Zeremonien und Redeweisen im Sinne fährt

Das beiderseitige In-Kriegsbereitschaft-Sehen dauerte die ersten Monate des Jahres fort. Am 12. März kam mein Vater freudestrahlend in mein Zimmer gestürzt.

„Hurrah!“ rief er. „Gute Nachrichten —“

„Abgerüstet?“ fragte ich freudig.

„Warum nicht gar! Im Gegentheil, die gute Nachricht ist die: Bestern wurde großer Kriegsrath gehalten. . . . Es ist wirklich glänzend, über welche Streitmacht wir verfügen . . . da kann sich der arrogante Preusse verrecken.“

absoluter Sicherheit auf eine gänzlich ungenügende Bezahlung der Unterbeamten geschlossen werden, sehen wir hinzu.

Die Ansichten und Gedanken der Post-Unterbeamten über das vor ihrem geistigen Auge entrollte Bild eines sich über das „flotte Geschäft“ die Hände reibenden „höheren“ Postbeamten werden die nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September.

Reichsgesetzliches. Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, nebst erläuternder Begründung zugegangen.

Zur Reichstags-Verfassung in Bismarck. Die Deutschfreisinnigen wollen die Wahl des konservativen Landraths von Holleufer wegen angeblich vorgekommener Unregelmäßigkeiten anfechten.

Futter für Pulver. Die beabsichtigte Heeresvermehrung erfordert ein Zurückgehen der Anforderungen an die persönliche körperliche Nichtigkeit bei den Rekruten. Die Vererbung des Proletariats durch übermäßige Ausbeutung, verlängerte Arbeitszeit, Kinder- und Frauenarbeit läßt schon diese Anforderungen immer geringer werden, jetzt kommt noch die erhöhte Zahl der zu Rekrutirenden — und das nennt man Erhöhung der Wehrhaftigkeit. Freilich der Militarismus fragt weniger nach der Qualität, als nach der Quantität seiner Opfer.

Wozu der Farn? Als ob nicht Jedermann wüßte, daß die Junker die neue Militärvorlage kramm bewilligen werden, wie alle früheren, sieht sich die konservative Reichstagsfraktion auch noch veranlaßt, in ihrer „konservativen Korrespondenz“ mit einem übermäßigen Schwarm tönender Worte zu erklären, sie werde „prüfen“ und — Ja! sagen. Die Konservativen, so heißt es, werden prüfen „mit gebührender Rücksichtnahme auf die maßgebenden Gutachten der militärischen Berater des Kaisers, sowie auf die Entscheidung des obersten Kriegsherrn“. „Gebührende Rücksichtnahme“ auf die ausgebeuteten Steuerzahler nimmt diese Art „Volksvertreter“ nicht, die als Grundherren, Brauer, Zuckerheber, Gesetzgeber u. s. w. die Masse ausüben, daß das Raubrittertum ihrer Ahnen eine vergleichsweise humane Einrichtung gewesen ist. — Uebrigens ist das stehende Heer eine so gute Versorgung für jüngere Söhne, für die Sproßlinge des Adels überhaupt, daß jeder Einspruch gegen den Militarismus schon aus diesem Grunde selbstmörderisch wäre.

Ein frommer Wunsch. Den konservativen „Zittauer Nachrichten“, die allen Gegnern der neuen „Militärvorlage“ den Choleraepidemie gewünscht hat, schreibt die ultramontane „Germania“ (Nr. 228 vom 29. d. M.) Folgendes ins Stammbuch: „Mit Freude und Wohlbehagen sieht wohl Niemand im deutschen Volke den neuen Militärforderungen entgegen. Sollten also die, die mit einem gewissen Schrecken den kommenden Dingen entgegen sehen, von der Cholera hingerafft werden, so bliebe am Ende nur die Redaktion der „Zittauer Nachrichten“ übrig. Und dann würde diesen Herren die präsentirte Rechnung am Ende selbst so hoch werden, daß ihnen auch Angst und Bange würde.“ Wir wollen doch abwarten, ob nicht das Zentrum, dessen Mannen im Reichstage den Ausschlag geben werden, der Redaktion des sächsischen Amtsblattes Gesellschaft leisten wird, ganz abgesehen von den Junkern, Nationalliberalen, Polen und den übrigen Mitverschwoorenen des Militär-Kartells.

Die neuesten Befehle aus amtlichen Kreisen. welche wir kürzlich unseren Lesern mitgeteilt haben, zeigten das unerhörte Komplott preussischer Bürgermeister, anhaltischer Amtsvorsteher, und großer Plauderer gegen die Arbeiterbewegung. Unser Brudersblatt die Magdeburger „Volksstimme“ (Nr. 227 vom 28. d. M.) schreibt nun: „Die „Magdeburger Nachrichten“ ziehen in

Mit 800 000 Mann sind wir ständlich bereit, auszurücken. Und Benedek, unser tüchtigster Stratege, wird Oberfeldherr mit unbeschränkter Vollmacht. . . . Ich sag' Dir's im Vertrauen, Kind: Schlessen ist unser, wenn wir nur wollen.“

„O Gott, o Gott.“ — schünte ich — „soll denn wieder diese Geißel über uns kommen! Wer — wer kann denn nur so gewissenlos sein — aus Ehrgeiz, aus Ländereger.“

„Beruhige Dich. Wir sind nicht so ehrgeizig — noch sind wir Ländereger. Wir wollen — (das heißt ich gerade nicht, mir wäre die Wiedergewinnung unseres Schlessens schon recht) aber die Regierung will Frieden halten — das hat sie oft genug versichert. Und der ungeheure Stand unserer aktiven Arme, wie derselbe aus den im gestrigen Kriegsrath dem Kaiser vorgelegten Mittheilungen sich ergibt, wird allen anderen Mächten gehörigen Respekt einflößen. . . . Preußen wird wohl zu allererst kein Beilegen und anführen, das große Wort führen zu wollen. . . . Wir haben, Gott sei Dank, in Schleswig-Polstein auch noch mitzureden — und werden sicher nie dulden, daß sich der andere Großstaat durch allzu starke Nachtaubehaltung eine überwiegende Stellung in Deutschland erringe. . . . Da handelt es sich um unsere Ehre, um unser „prestige“ — vielleicht um unsere Existenz — das verstehtst Du nicht. . . . Das Ganze ist ja doch nur ein Hegemoniestreit — um das miserable Schleswig handelt es sich am wenigsten — aber der prächtige Kriegsrath hat deutlich gezeigt, wer den ersten Rang einnimmt und wer den Anderen Bedingungen vorschreiben darf; die Nachkommen der kleinen brandenburgischen Kurfürsten oder diejenigen der langen römisch-deutschen Kaiser-Reihe! Ich halte den Frieden für gesichert. Sollten aber die Anderen dennoch fortfahren, sich unverschämte und arrogant zu gebärden und dadurch einen Krieg unvermeidlich machen, so ist uns der Sieg verbürgt und mit demselben ganz unberechenbare Gewinne. . . . Es wäre zu wünschen, daß es losginge.“

„Nun ja, das wünschst Du auch, Vater — und mit Dir wahrscheinlich der ganze Kriegsrath! So ist's mir lieber, wenn das aufrichtig gesagt wird. . . . Nur nicht

Nr. 18 sehr zur Zeit die „Machenschaften“ preussischer und anhaltischer Beamten, die sich zu Handlangern Staffurter und Leopoldshaller Großindustrieller gemacht haben, wieder an das Tageslicht. Vor Jahr und Tag bereits hatte die „Volksstimme“ auf diese Koalition von Beamten und Unternehmern gegen Arbeiter hingewiesen, und Genosse Märten hat vor etwa 8 Monaten bei der Magdeburger Staatsanwaltschaft die Bestrafung des Weistbetheiligten, des Bürgermeisters Reinhard aus Staffurt beantragt, man hat aber nichts davon gehört, daß Reinhard zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen worden sei, vielmehr leicht geschieht dies jetzt, nachdem auch das hiesige freisinnige Organ auf das Ungeheuerliche der Handlungsweise preussischer und anhaltischer Beamten hingewiesen hat.“ — Fast die gesamte bürgerliche Presse (die „National-Zeitung“ Nr. 548 vom 27. d. M. berichtet nach dem „Vorwärts“ kurz über den Sachverhalt) schweigt sich über die Staffurter Enthaltungen mit rührender Einmüthigkeit aus, bis heute hat noch keines dieser sonst so schreiblustigen Blätter grundsätzlich zu dem mit amtlicher Beihilfe ins Werk gesetzten schmählichen Boykott Stellung genommen.

Defizit in Preußen. Wie die „Post“ meldet, hat Herr Riquel sich über den preussischen Etat für 1893/94 recht ungünstig ausgesprochen. Die Mehrforderungen seien bedeutend, die Mindereinnahmen erheblich, so daß ein Defizit von 86 Millionen in Aussicht stehe. Der Herr Finanzminister liebt es, grau in grau zu malen, um für seine gesetzgeberischen Pläne, Vermögenssteuer u. s. w. Stimmung zu machen. Dessen sind wir freilich sicher, wäre Geld wie Pen „in Wäulen“, für Kulturzwecke, Verbesserung der Gehälter unserer Volksschullehrer und Subalternbeamten, Bewilligung von Mitteln für Hebung des sozialen und geistigen Niveaus der Masse, gäbe es doch keinen rothen Keller.

Herr Basse und die pommerischen Gymnasien. Die Reptilien sind an der Arbeit, die scharfe Kritik über den Basse'schen Erlaß, worin die Kohheit der pommerischen Gymnasialisten gerügt war, nach Kräften abzuschwächen. Aber die Versuche, den Thatbestand zu verunkeln, verfangen nicht. Bis heute hat der preussische Kultusminister kein amtliches Document veröffentlicht. Am nützlichsten wäre es, wenn der „Staats-Anzeiger“ den Wortlaut des Erlasses mittheilen würde.

Die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer ist kein Geschenk für die Gutsbesitzer. Herr von Sneyt nannte seiner Zeit, als Herr v. Sneyt bloß ein Herr Sneyt war, der Kriegsminister Graf Roon den Mann, „der alles beweisen könnte“. Der jüngere professorale Nachwuchs des Herrn Sneyt ist ihm in der Sucht „alles zu beweisen“ noch überlegen, wenn ihm auch der Geist, das Talent, das Sneyt jedenfalls besitzt, vollständig abgeht. Von Herrn Sneyt ist eine Prosjahre erschienen, die zur Befriedigung der „Kreuz-Zeitung“ nachweisen soll, daß den Gutsbesitzern mit dem Erlaß der Grund- und Gebäudesteuer gar kein Geschenk gemacht wird. Warum dann die Belastung aufheben? Warum neue Millionen aus der Steuer des gesammten Volkes, also zumal aus der Tasche des nothleidendsten Theils der Bevölkerung erheben, um dem Gutsbesitzer eine Steuer abzunehmen, ohne daß er hierin eine Erleichterung sieht?

Im Jahre 1861 wurden an Grundsteuerentschädigungen für Güter und Grundstücke der selbständigen Gutsbezirke bezahlt in Summa 17 128 164 M. Davon entfielen:

1. auf Fideikommissgüter	2 844 360 M.
2. auf andere Güter, welche sich noch jetzt in der Hand des ursprünglichen Empfängers der Entschädigung befinden	3 801 001 „
3. auf Güter, die sich in der Hand der Erben des Entschädigungsempfängers befinden	5 473 717 „

Insgesamt 12 119 064 M., oder 70% pSt. der gezahlten Entschädigungssummen. Wenn diese Summen jetzt auch zum Theil in Anrechnung gebracht werden, so bleibt doch noch ein nicht unerhebliches Sämmchen, das als reines Geschenk für die Gutsbesitzer zu betrachten ist. In unserer modernsten Sozialgesetzgebung ist

diese Falschheit, dem Volke und den Friedliebenden zu versichern, daß all' die Waffenaufstellungen und Heeresvermehrungen und Militärkreditforderungen nur um des lieben Friedens willen geschehen. Wenn ihr schon die Zähne zeigt und die Faust ballt, so flüstert leise saufen Worte dazu — wenn ihr schon vor Ungeheiß zittert, das Schwert zu schwingen, so macht doch nicht, als legtet ihr aus bloßer Vorsicht die Hand an den Knopf.“

So redete ich eine Weile mit bebender Stimme und steigendem Affekte fort — ohne daß mein verblüffter Vater ein Wort erwiderte — und beachtlich in Thronen aus.

Jetzt folgte eine Zeit der schwankenden Hoffnungen und Befürchtungen. Heute hieß es „der Friede gesichert“, morgen — „der Krieg unvermeidlich“. Die meisten Leute waren letzterer Ansicht. Nicht so sehr, weil die Verhältnisse auf die Nothwendigkeit eines blutigen Austrages wiesen, als deshalb, weil, wenn das Wort „Krieg“ einmal gefallen, wohl noch sehr lange hin und her debattirt werden kann, aber erfahrungsgemäß das Ende jedesmal Krieg ist. Das kleine, unscheinbare Ei, welches den „Casus belli“ enthält, wird da so lange ausgebrütet, bis das Ungeheuer hervorkriecht.

Täglich zeichnete ich in die rothen Hefte die Phasen des schwebenden Streites auf und so wußte ich damals, und weiß noch heute, wie der verhängnisvolle „66er Krieg“ sich vorbereitet hat und wie er ausgebrochen ist. Ohne diese Entregungen wäre ich wohl über das betreffende Stück Geschichte in derselben Unkenntnis, in welcher die meisten, inmitten der Geschichtsabspielung lebenden Menschen sich befinden. Gewöhnlich weiß die große Mehrzahl der Bevölkerung nicht, warum und wie ein Krieg ausbricht — man sieht ihn nur eine Zeit lang kommen — dann ist er da. Und wenn er da ist, so fragt man schon gar nicht mehr nach den kleinen Interessen und Meinungsverschiedenheiten, die ihn herbeiführt, sondern ist nur noch mit den gewaltigen Ereignissen beschäftigt, die sein Fortgang mit sich bringt. Und ist er einmal vorüber, so erinnert man sich höchstens der dabei persönlich erlebten Schrecken und Verluste — beziehungsweise Gewinne und Triumphe —

überhaupt keine „Reform“ denkbar, die nicht einen Profit für die agrarischen Junker bedeutet.

Eine Frage. In einem Zeitartikel: „Miquel und Schelling“ verteidigt sich die „Vossische Zeitung“ (Nr. 454 vom 28. d. M.) gegen die von der „Reinischen Volkszeitung“ aufgestellte Behauptung, sie sei ein Schelling-affizioses Blatt. Das Berliner Blatt sagt nun u. A. von sich: „Für sie (die „Vossische Zeitung“) giebt es keine andere Richtschnur als das öffentliche Wohl.“ Auf diese Erklärung reagieren wir heute mit der einzigen Frage:

Wie kommt es, daß die „Vossische Zeitung“ bis zu diesem Augenblick den Fall Schiff auch nicht mit einem Sterbenswörtchen erwähnt hat? Handelt es sich hier nicht um das öffentliche Wohl? —

Orterer. Der Orterer wird bekanntlich wegen seiner Ernennung zum Rektor sein Reichstags-Mandat niederlegen und will nur noch das mit Vätern gesegnete bayerische Landtags-Mandat behalten. Im „Bayerischen Vaterland“ (Nr. 220 vom 28. d. M.) liest man: „Wie das (ultramontane) Münchener „Freundenblatt“ meldet, wird sich Dr. Orterer nicht mehr in den Reichstag, wohl aber in den Landtag wählen lassen. Das „Freundenblatt“ ist darüber tief bekümmert und behauptet, daß man „bei Ausübung seines großen Einflusses immer sicher war, daß er den bayerischen Sonderinteressen, wo es erforderlich war, zu Gute kommen würde.“ Das ist nun aber nicht wahr. Herr Orterer flocht im Gegentheil bis an die Nase im preussischen Sack und man konnte sicher sein, daß er sich am liebsten auf die preussische Seite legte und mit den Preußen pattirte und marschirte. Man könnte es deshalb mir begrüssen, wenn der Herr Kultusminister ihm diese Bedingung seiner Beförderung gestellt hätte, wissend, daß Herr Orterer seine Beförderung — vorziehen würde.“

Hamburgisches. Der unverantwortliche Redakteur der „Hamburger Nachrichten“, der sich über die Behandlung, welche während der Cholera-Epidemie reisende Hamburger in Deutschland erfahren hätten, bitter beklagt und eine „reichspolitische Rundgebung“ vermischt hat, erhält in seinem früheren Heftblatt einen scharfen Ruff. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 454 vom 28. September) wird u. A. gesagt: „Wir sind keine Fremde von Borwürfen gegen Unglückliche, auch wenn ihr Unglück nicht ohne eigene Schuld heringebrochen ist, aber wir müssen allen Ernstes ein Gebahren zurückerweisen, welches darauf hinausläuft, von der Untersuchung der Ursachen abzulenken und das größere Uebel nicht in den eigenen Fehlern, sondern in dem Verfahren Dritter zu suchen, die dem doch auch unter der Gefahr der Weiterverbreitung des Unheils zu leiden haben. Oder sollte das die Absicht der „Hamburger Nachrichten“ gewesen sein?“ Es wird dann gezeigt, daß die Reichsregierung gegen unndrige Verletzung des Verkehrs rechtzeitig eingeschritten und gegen Mißgriffe einzelner Behörden Abhilfe geschaffen habe. Wenn dann aber geplaudert wird, zwischen der Hamburger Regierung und dem Reich habe „hinichtlich der Bekämpfung der Cholera“ von Anfang an „enge Fühlung und volles Einvernehmen“ bestanden, so sind das Plausen. Der Hamburger Senat ist von außen durch nicht zu saufen Zwang gezwungen worden, das Nothwendige zu thun. Davon ist nicht zu drehen und zu deuteln.

Wahrheit und Dichtung. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird ein Brief des japanischen Majors Yasunasa Zukushima, der zu Pferde von Berlin in seine Heimath reist, veröffentlicht. Der kühne Reisende ist am 30. August in Semipalatinsk am Irtsch eingetroffen. Er schreibt u. a.: „Ich habe Landstriche durchquert, die schwer unter der Cholera litten, speziell zwischen Zumen und Semipalatinsk, ungefähr 1500 Werst. Ich will Ihnen einige Beispiele mittheilen. Pawladar ist ein Städtchen am rechten Ufer des Irtsch mit etwa 5000 Einwohnern. In diesem Ort erkrankten binnen 18 Tagen 365 Personen, von denen nur 28 genesen und 337 starben. Außer in den Städten und Marktflecken giebt es meistens keinen Arzt auf den Stationen und in den Dörfern. Die Bevölkerung steht der Krankheit völlig ununterrichtet gegen-

aber an die politischen Entstehungsgründe wird nicht mehr gedacht. In den verschiedenen Geschichtswerken, welche nach jedem Feldzuge unter Titeln wie „Der Krieg vom Jahre — historisch und strategisch dargestellt —“ und dergleichen erscheinen, werden alle vergangenen Streitmotive und alle taktischen Bewegungen des betreffenden Feldzuges aufgezählt, und wer dafür Interesse hat, kann in der einschlägigen Literatur sich Aufschluß holen; — aber in der dächtniß des Volkes hat diese Geschichte gewiß nicht fort. Auch von den Gefühlen des Hasses und der Begeisterung, der Erbitterung und Siegeshoffnung, mit welchen die ganze Bevölkerung den Anfang des Krieges begrüßt — Gefühle, welche sich in dem Schlagwort äußern: „Dieser Krieg ist sehr populär“, auch davon ist nach ein paar Jahren alles verweht.

Am 24. März erläßt Preußen ein Rundschreiben, worin es sich über die bedrohlichen österreichischen Rüstungen beklagt. — Warum rüsten wir denn nicht, wenn wir nicht bedrohen wollen? — Wie sollen wir? Es wird ja am 28. März preussischerseits verfügt, daß die Festungen in Schlesien und zwei Armeekorps in Bereitschaft gesetzt werden sollen. . . .

31. März. Gott sei Dank! Oesterreich erklärt, daß sämtliche unlaute Gerüchte über geheimes Rüsten falsch seien; es falle ihm gar nicht ein, Preußen anzugreifen. Es stellt daher die Forderung, daß Preußen seine Kriegsbereitschafts-Maßnahmen einstelle.

Preußen erwidert: Es denke gar nicht im Entferntesten daran, Oesterreich anzugreifen, aber durch des letzteren Rüstungen sei es gezwungen, sich auf Angriff gefaßt zu machen.

So wird der zweistimmige Wechselgesang mannsgefeht fortgeführt:

Meine Rüstung ist die defensive,
Deine Rüstung ist die offensive,
Ich muß rüsten, weil Du rüstest,
Weil Du rüstest, rüste ich,
Also rüsten wir,
Rüsten wir nur immer zu.

Die Zeitungen geben die Orchesterbegleitung zu diesem

Aber und Sanitätsvorkehrungen fehlen absolut. Die Cholera wüthet daher uneingeschränkt. Ich war sehr oft in durchseuchten Häusern. Einmal brach ein armer Bursche gerade neben meinem Pferde zusammen. Manchmal gab ich den Kranken von meinen Medicinen. Immer war Gefahr dabei. Es war wirklich wie ein Traum, daß ich der Epidemie entging. Von Rudolfuscha Birchow, potenterer Tamtam-Schläger zu Ehren des offiziellen Rußlands, erklärte bekanntlich:

Die Vorkehrungen, welche in Rußland zur Bekämpfung der Cholera, sowie zur Vorbeugung einer Verschleppung getroffen worden sind und noch immer neu getroffen werden, sind geradezu großartige; es stehen überall die besten Hilfsmittel reichlich zur Verfügung. Man kann sagen, daß die Rußen in gewisser Beziehung weiter sind, als wir hier in Deutschland und Berlin.

Des Siegreichdichters Birchow phantastische Schilderung ist eben nichts als ein Märchen. —

Streit im eigenen Hause. Ein in der Rheinpfalz erscheinendes nationalliberales Blatt, die „Neueste Zeitung“ liegt seit einiger Zeit in bitterer Fehde mit den Führern der rheinpfälzischen Gentlemen, den „Weinbauern“ Wahl, Bäcklein u. s. w. und reißt sich auch an dem „offiziellen“ Verwalter für Redakteure von schwacher Konstitution, der von P a h i g, dem Parteisekretär der Nationalliberalen, herausgegebenen „Nationalliberalen Korrespondenz“. Das linksrheinische Blatt schreibt u. A.: „Heute erklärt man weiß von oben herunter, daß das Sozialistengesetz überflüssig sei. Wenn das Kolombische von anderen Leuten glücklich eingedrückt ist und auf dem Tische steht, hat man weise reden. Wir sind überzeugt, daß die „Nationalliberale Korrespondenz“ nach Jahr und Tag auch für das Reichstagswahlrecht eintritt, nämlich dann, wenn die Ereignisse feste Thatsachen geschaffen haben und die Fraktion auf zwei Duzend Sitze zusammengeschmolzen ist. Es wäre gut, wenn die rückwärtsblickenden Berliner Propheten sein vorsichtig in die Zukunft blickten, denn für's Gewesene giebt der — Wähler nichts.“ Ferner: „... Mit warmem Herzen unter das Volk zu treten, auch außerhalb der Wahlzeit die schwierigen Hände zu drücken, die politische Weisheit des Volkes durch ehrliche Arbeit zu fördern, das ist es, wozu sich viele Leute „nicht hergeben“. Wer im Interesse der eigenen Partei die Wahrheit sagt, oder wer gar einmal vom verschwommenen Programm „abweicht“, gilt als „Frankfurter“. Nur um Gottes Willen keinen Versuch machen, neue Gedanken in die Bewegung zu werfen, sonst bekommt die Partei Magenkrämpfe! Das sind Winsewahrheiten, aber erbaulich ist es, daß sie ein Nationalliberaler ausspricht. Und dieser offenherzige Mann ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 271 vom 27. d. M.) mittheilt, der Gründer und mehrjährige Redakteur des Baarischen Organs in Bochum, des „Rheinisch-Westfälischen Tageblatts“, gewesen. Als er eines Tages nicht mehr so tanzen wollte, wie Baare vorpufft, flog er hinaus. Wie dort den Kohlen, so kann er in der Rheinpfalz, meint die „Frankfurter Zeitung“, den Flaschenbaronen noch Manches zu schaffen machen. Bis er auch Neustadt a. d. Hardt Ballet sagen muß! —

Die Sozialdemokratie in der Schweiz. Bei der Grobraths-Ersatzwahl in Bern (obere Stadt) ist Genosse Fürsprech Steig, der Redakteur des „Schweizerischen Sozialdemokraten“, mit 482 gegen 381 Stimmen, die auf den liberalen Kandidaten fielen, gewählt worden. So geschahen in der Bundeshauptstadt, die so lange berüchtigt war als die Hochburg jener widerlichsten patrizischen Reaktion, an der einst auch Ludwig Löwe eine so wichtige wie vernichtende Kritik übte. Es geht vorwärts. —

Marseille. Das Wolff'sche Depeschendebureau meldet: Marseille, 27. September. In der heutigen Sitzung des Sozialisten-Kongresses forderte der belgische Delegierte Ansele im Namen Liebknecht's dazu auf, Delegirte für den nächsten sozialistischen Arbeiterkongress in Deutschland zu bestimmen. Der Kongress erklärte sich im Prinzip damit einverstanden und nahm darauf eine von Maillard beantragte Tagesordnung an, wonach die sozialistischen Municipalräthe unabhängig die Ausführung des auf dem Hyoner Kongress angenommenen Programms betreiben und die sozialistischen Gemeinderäthe in nicht durchweg sozialistischen Gemeinderathungen Alles daran sehen sollen, um in ihrem Wirkungskreise Reformen durchzuführen.

Duo ab. Die Leitartikel schwelgen in sogenannter Konjunkturpolitik. Es wird geschürt, gehezt, geprahlt, verleumdet. Geschichtswerte über den siebenjährigen Krieg werden veröffentlicht, mit der ausgesprochenen Tendenz, die einstige Feindschaft aufzufrischen.

Indessen, der Notenwechsel dauert fort. Unterm 7. April leugnet Oesterreich nochmals offiziell seine Rüstungen, spielt aber auf eine mündliche Aeußerung an, welche Bismarck gegen Karolyi gemacht hätte, „daß man sich über den Oesterreicher Vertrag leicht hinwegsetzen werde“. — Also davon sollen die Wölfergeschickale abhängen, was zwei Herren Diplomaten in mehr oder minder guter Laune über Verträge sprechen? Und was sind das überhaupt für Verträge, deren Einhalten von dem guten Willen der Kontrahenten abhängig bleibt und durch keine höhere schiedsrichterliche Gewalt gesichert wird?

Auf diese Note antwortet Preußen unterm 15. April, daß die Anschuldigung unwahr sei; es müsse aber dabei beharren, daß Oesterreich wirklich an den Grenzen gerüstet habe; dadurch sei die eigene Gegenrüstung gerechtfertigt. Ist es Oesterreich mit dem Nichtangreifen Ernst, so solle es zuerst abrüsten.

Darauf das Wiener Kabinet: Wir wollen am 23. d. abrüsten, wenn Preußen verspricht, am folgenden Tage daselbe zu thun.

Preußen erklärt sich bereit. Welch ein Aufsatzen! So wird denn trotz aller drohenden Anzeichen der Friede erhalten bleiben! Diese Wendung verzeichnete ich freudig in die rothen Hefte.

Aber zu früh. Neue Verwickelungen stellen sich ein. Oesterreich erklärt, es könne nur im Norden, nicht aber zugleich im Süden abrüsten, denn dort sei es von Italien bedroht.

Darauf Preußen: Wenn Oesterreich nicht ganz abrüstet, so wollen wir auch gerüstet bleiben.

Jetzt läßt sich Italien vernahmen: Es wäre ihm nicht im Entferntesten eingefallen, Oesterreich anzugreifen, aber nach dessen letzter Erklärung werde es allerdings Gegenrüstungen machen.

Und so wird das hübsche Desensivoliad nunmehr dreistimmig gesungen. (Fortsetzung folgt.)

Sodann wurde eine Resolution angenommen, daß am 1. Mai 1895 überall die Arbeit ausgesetzt werden solle, wobei Jedem überlassen bleibt, nach Belieben zu manövrieren. Endlich wurde beschlossen, daß die französische Arbeiterpartei an dem Londoner Kongress nicht theilnehmen solle, den die Glasgower Gewerksvereine veranstalten, da die letzteren versuchten, die Arbeiter zu entzweien.

„Herold“ telegraphirt:
Paris, 26. September. Die Regierung leugnet ab, jemals die Ausweisung Liebknecht's beabsichtigt zu haben. Liebknecht reiste gestern Nachmittag nach Lyon ab, wo er Abends demonstrativ und enthusiastisch empfangen wurde. Er geht von dort nach Mülhausen (Elsas), wo er in einer großen Versammlung über die elsass-lothringische Frage sprechen soll. Bei einer Unterredung erklärte Liebknecht, die nächsten Wahlen bräuchten den Sozialdemokraten infolge der Unpopularität der neuen Militärvorlagen eine Million neuer Stimmen; selbst die Bourgeoise Deutschlands trage die Armeelasten nur, weil sie gegen die Sozialdemokratie gerichtet seien. Chauvinismus existire in Deutschland nicht. Liebknecht bedauert, daß die Berliner Weltausstellung vor der Pariser nicht ermöglicht worden sei. Die Franzosen würden in Berlin freundlichst aufgenommen worden sein. —

Segen des Schutzzolles. Aus Paris wird gemeldet: „Der Handel liegt hier schwer darnieder infolge der durch den internationalen Schutzzoll herbeigeführten Krise; besonders hat der Handel in Luxusartikeln fast gänzlich aufgehört.“ —

Englisches. Der Minister für Irland, John Morley, richtete am 27. September an das Mitglied des Unterhauses, Justin Mac Carthy, den Führer der antiparliamentarischen Fraktion, ein Schreiben, in welchem er mittheilte, die Regierung habe beschlossen, eine Kommission einzusetzen, um die Frage der vertriebenen Pächter zu studiren und über die Mittel Bericht zu erstatten, wodurch den Pächtern am besten wieder zu ihrem Pachtgute verholfen werden könnte. — Die letzten von dem radikalsten der Arbeiter-Abgeordneten, Keir-Hardie, in den schottischen Bergstädten Middlesbrough und Barnsley gehaltenen Reden beleuchten die neueste Richtung des englischen Gewerksvereinsthums. Keir-Hardie sagte nach der „Vossischen Zeitung“ in Middlesbrough: Niemand könne sich der Thatsache verschließen, daß die Gewerksvereine heute weniger Macht besäßen, als vor 25 Jahren. Das Geld würde immer größer. Was sei die Ursache? Land und Produktionsmittel wären in den Händen der einen Klasse und die Arbeit hätte die andere Klasse zu verrichten. Ehe Jemand sein täglich Brot verdienen könne, müsse er erst einen Andern finden, welcher seine Arbeit anzubieten bereit sei. Fände er Keinen, so könne er sich in einen Graben hinlegen und sterben oder Steine hanteln und sein Wahlrecht verlieren. Die Politiker schwächten den Arbeitern so viel vor, wie wichtig es sei, daß Jeder nur eine Stimme habe. Noch viel wichtiger sei es, daß Jeder Arbeit habe. Bis der Arbeiter nicht Besitz von der Staatsmaschine ergreife und Land und Kapital auf produktivgenossenschaftlicher Grundlage verwalte, würden die industriellen Wirren nur immer stärker und drängender werden. Bildung ein er Arbeiterpartei sei das Allernothwendigste. Wenn die liberale Partei wirklich den Arbeitern so freundlich gesinnt sei, so habe sie ja nichts von einer Arbeiterpartei zu befürchten. Die Frage, was aus den Arbeitslosen werden solle, müsse gelöst werden. Wenn andere das nicht thäten, so müßten die Arbeitslosen es selber thun. Jeder, der arbeiten wolle, müsse auch Arbeit finden können. — Der liberale Abgeordnete für Hinsbury (London), der Parze Naproji, ein geborener Hindu, der erste Indier im englischen Parlament, erklärte am Sonnabend offen, er sei ein Sozialist. Solche Zustände, wie heute, wären nur möglich, wenn das gesellschaftliche System unrichtig sei. Land und Kapital müßten Eigenthum der gesammten Nation sein. —

In Sachen Beck gaben wir kürzlich mit Vorbehalt eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ wieder, wonach dieser bisherige Leiter des Rheinischer arbeitsstatistischen Amtes statistische Mogeleten im Interesse der Schutzzöllner begangen habe. Wie wir jetzt aus uns vorliegenden nordamerikanischen Parteiblättern ersehen, bestätigt sich diese Nachricht. Es ist sehr bedauerlich, daß Beck sich zu solchen schmachvollen Fälschungen hat gebrauchen lassen. —

Parteinachrichten.

Eine Parteikonferenz der Sozialdemokratie des Wahlkreises Siegnik-Goldberg. Dagnau tagte am 25. September in Goldberg. Dieselbe befaßte sich u. A. mit der Regelung der Landagitation, zu deren Sitzpunkten die Städte Siegnik, Goldberg und Dagnau bestimmt wurden. — Am gleichen Tage verhandelte in Göttingen eine von den Genossen aus dem 12. hannoverschen Wahlkreis Göttingen-Münden-Duderstadt jahrelang besuchte Parteikonferenz ebenfalls über die Förderung der Agitation. Man erledigte diesen Punkt durch Wahl einer Agitationskommission, deren Vorsitzender der Genosse Vorherrs in Göttingen, Weenderstr. 72, ist.

Bei den Stichwahlen zum russischen Landtag erhielten in der Stadt Gera unsere Parteigenossen Vetterlein und Bödiger 345 bezw. 397 Stimmen, während die gegnerischen Kandidaten mit 394 bezw. 407 Stimmen das Mandat errangen.

Von der Agitation. Am Sonntag unternahmen die Potsdamer Genossen eine Agitationstour nach Reghin, woselbst auch eine Versammlung abgehalten wurde, welche von den Reghiner Arbeitern sehr stark besucht war. Theodor Mehnert aus Berlin referirte unter lebhaftem Beifall. In einer Resolution, welche einstimmig zur Annahme gelangte, sprach die Versammlung zu dem gehörten Vortrag ihre Zustimmung aus. — Die Leipziger Parteigenossen haben am Sonntag bei der Verteilung des bereits erwähnten Flugblattes auch die Wohnungsverhältnisse inspizirt und werden das hierüber gesammelte Material demnächst der Öffentlichkeit übergeben.

Das Bildstock wird und geschrieben: Am Sonntag Mittag fand hier in dem vom bergmannischen Rechtshülfs-Verein erbauten geräumigen Saale eine von ca. 1200 bis 1400 Personen besuchte öffentliche sozialdemokratische Parteiversammlung statt, in welcher Genosse August Bebel über „Ultramontanismus und Sozialismus“ einen zweistündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Nach kurzer Debatte wurde nachstehende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

Die heutige Versammlung verurtheilt das Vorgehen der Zentrumsführer, die ihre bevogugte Stellung und die Kanzel

benützen, um den Besuch von sozialdemokratischen Versammlungen zu hindern; sie verurtheilt das um so mehr, als jene Partei in ihren Versammlungen die abernsten und ungeheuerlichsten Anschuldigungen gegen uns vortringt, ohne uns auch nur das Wort zur Rechtfertigung zu gewähren.

Die Versammlung ist davon überzeugt, daß das Zentrum trotz Jahrzehntelanger Herrschaft den heutigen Zustand nicht allein nicht verhindert, sondern nach jeder Hinsicht begünstigt. Um seine politische Macht zu erhalten, schachtet das Zentrum mit politischen Freiheiten, und unter dem Druck der sozialistischen Bewegung „macht“ dasselbe in Arbeiterschutz, ohne denselben auch nur im Entferntesten zu fördern.

Die Versammlung erachtet die sozialdemokratischen Bestrebungen als die allein geeigneten, der Arbeiterklasse sowohl in der heutigen Gesellschaftsordnung eine Verbesserung zu beschaffen, als in ihren Endzielen eine Ordnung des allgemeinen Glückes und der allgemeinen Wohlfahrt zu begründen.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung war „Stellungnahme zum Parteitag“ angelegt. Es wurde beschlossen, aus dem Schwarzweiser einen Delegirten zum Parteitag in Berlin zu entsenden und wurde hierzu fast einstimmig Genosse Emmel aus St. Joha an Saarbrücken gewählt. Hieraus wurde die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Dem Genossen Bebel wurde bei seiner Abfahrt ein brausevolles Hoch gewendet. — Von fast allen Kanzeln war gegen den Besuch der Versammlung gepredigt worden, stellenweise wurde gedroht: die Besucher der Versammlung erhielten die kirchlichen Sakramente nicht mehr. Von anderer Seite war das Gerücht verbreitet, jeder Bergmann, der die Versammlung besuche, werde abgelegt. Trotzdem die städtische Zahl der Versammlungs-Theilnehmer! Es geht auch im Königreich Stumm und den Däubisch'schen Gemeinden vorwärts.

Kampf mit „geistigen Waffen“. Ein Vizefeldwebel, Namens Thiele, wohnhaft Magdeburg, Pischhofstr. 9, 2 Tr., hat neulich einen unserer Genossen, der ihn in der höflichsten Weise die „Volkstimme“ zum Abonnement anbot, ins Gesicht geschlagen und ihn unter Schimpfsworten, wie: „Sozialdemokratischer Lump“, die Treppe hinabgeworfen. Dabei ließ der überkörperlich übrigens schwächliche Genosse das Pack Zeitungen fallen. Der Vizefeldwebel verwehrt ihm das Aufheben der Zeitungen mit der Drohung, falls Jemand wieder heraufkomme, werde er ihn mit dem Degen erstechen. Nach einigen Stunden begaben sich zwei Genossen nach der Wohnung des Feldwebels, um die Zeitungen zurückzuverlangen. Sie erhielten von der Frau desselben zur Antwort, daß ihr Mann die Zeitungen mit nach der Kaserne genommen habe. Es wird nun gegen den Vizefeldwebel Strafantrag gestellt werden. Bemerkt sei noch, daß er nicht die Uniform, sondern Zivilkleidung trug, als ihm unser Genosse die „Volkstimme“ zum Abonnement anbot. Was man sich gegen Sozialdemokraten herausnimmt, das geht wirklich über's Bohnenlieb.

Zur Unterstützung der zurückbleibenden Hamburger Proletarier haben die Arbeiter Hof's i. B. eine Sammlung ausgeschrieben, in dankbarer Erinnerung daran, daß als in den 70er Jahren unter den Weibern der Hof's gegen's ein Rothstand ausbrach, die Hamburger 1000 Mark zur Unterstützung sandten.

Der Harnberger Sozialdemokratische Wahlverein verzeichnete in der Zeit vom 1. Oktober v. J. bis jetzt insgesamt 6840,74 M., wovon nach Abzug der Ausgaben 1804,71 M. Restbestand verblieben. Die Zahl der Mitglieder des Vereins beträgt gegenwärtig 2311; gegen das Vorjahr ist trotz der schlechten Erwerbsverhältnisse ein Zuwachs von über 600 Mitgliedern zu verzeichnen.

Aufruf
an die Turngenossen der Provinz Brandenburg und des Stadtkreises Berlin zwecks Beitritts in den Märkischen Arbeiter-Turnerbund.

Nachdem bereits am 18. September 10 Turnvereine sich unserer Sache angeschlossen und weitere 5 Vereine der Mark den Beitritt erklärt haben — wahrlich ein Erfolg, auf den wir stolz sein können — richten wir an die übrigen Turnvereine der Mark, deren Mitglieder sich aus Arbeitern rekrutiren, das Ersuchen, ebenfalls unserem Bunde beizutreten. Ganz besonders fordern wir die Turngenossen Berlins hierzu auf. In der Turnsache sind diesmal die Vereine der Provinzialstädte die Frontiere gewesen, so z. B. gehören in Sudenwalde 3 Vereine dem Bunde an, während Berlin nur mit einem Verein vertreten ist. Ist es in einem Verein nicht möglich, den Beitritt durchzuführen, so erwidert man einen Arbeiter-Turnverein.

Zum Zweck der Agitation wird in nächster Zeit eine Broschüre in einer Auflage von 5000 Exemplaren zum Preis von 5 Pfennige pro Stück herausgegeben werden, welche folgenden Inhalt hat: 1. Verhandlung des Kongresses am 28. Juni, abgehalten in Brandenburg a. O. 2. Verhandlung des 1. Bundes-Turntages am 18. September zu Berlin. 3. Entwurf der Statuten. Daß wir unser Ziel, die Schaffung eines mächtigen freien deutschen Turnbundes erreichen werden, fürchten bereits auch unsere Gegner, wie das aus der neuesten Nummer des Kreisblattes für den Turnkreis III hervorgeht, in welchem der Kreisvertreter Herr K r o t t den Turngenossen sagt: „Wenn ich nun noch der in Brandenburg vorbereiteten Bildung eines „Arbeiter-Turnerbundes“ gedente, so geschieht dies lediglich zu dem Zweck, alle Turngenossen vor der Beteiligung dringend zu warnen und alle Gutgesinnten aufzufordern, schwankende Genossen zu halten und den Abtritt der zu unserer Gemeinschaft gehörenden Vereine zu verhüten. Sache aller Leitenden in Gauen und Vereinen ist es, dieser Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und mit von allen Beobachtungen unversäumt Mittheilung zu machen.“ Ferner steht auf der Tagesordnung der am 2. Oktober stattfindenden Sitzung des Kreisverbandes: Stellung zum Arbeiter-Turnerbund. Der Herr Kreisvertreter hätte sich seine Mühe sparen können, denn wir haben bereits am 18. September zu Berlin den Beschluß gefaßt, daß die Vereine, welche sich unserem Bund anschließen, nicht mehr zur bisherigen Organisation der Deutschen Turnerschaft gehören dürfen etc.

Die gebihrten Vorsitzenden der Vereine, welche bereits dem Bunde angehören, werden hiermit ersucht, die Zahl der Mitglieder ihrer Vereine dem Vorsitzenden anzugeben und dem Kassirer die Geldbeträge einzusenden.

Anfragen und Anmeldungen sind an den 1. Vorsitzenden H. Müller, Brandenburg a. O., Bahnhofstr. 4, zu richten. Geldsendungen an den 1. Kassirer F. T r u f f e l e r, Rathenow, Gartenstr. 3.

Mit turnerischem Grusse
Der Bundesvorstand
des Märkischen Arbeiter-Turnerbundes,
H. A. P. Müller, 1. Vorsitzender.
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Genosse Peus ist, wie uns aus Stendal telegraphirt wird, vom dortigen Gericht in erster Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt worden, welche Strafe mit den übrigen gegen Peus verhängten in eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 3 Monaten zusammengesetzt wurde. Das Landgericht Magdeburg hatte ihn wegen der Majestätsbeleidigung zu 2 Jahren Gefängnis und fünfjährigen „Ghruverlei“ verurtheilt. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und verwies die Sache nach Stendal.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 29. Septbr.
Opernhaus. Freund Frih. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Leistung-Theater. Die Orientreise.
Deutsches Theater. Kollege Cramp-ton.
Pariser Theater. Der Hüttenbesitzer.
Wallner-Theater. Papa Fieder. Vorher: Die Geschwister.
Bellevalliance-Theater. Die schöne Melusine.
Broll's Theater. Die Hochzeit des Figaro.
Residenz-Theater. Der selige Ton-pinsel.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Schürböden.
Thomas-Theater. Onkel Bräutig.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Alexanderplatz-Theater. Das Versprechen hinter'm Herd. — Tannhäuser.
Apoll-Theater. Don Carlos.
Apoll-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Ranfmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Die wilde Madonna.
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Treptow.
 Couplets von G. Görrs. Musik von G. Stelkens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lüttmeyer in Coburg.
 In Scene geht von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
Das Versprechen hinter'm Herd.
 Hierauf:
Tannhäuser.
 Große Ausstattung u. Gesangs-Posse.
 Anfang um 7 1/2 Uhr.

Zum ersten Male in Berlin!!!
Circus Corty Althoff.
Bekanntmachung.
 Der Haupt- und Residenzstadt Berlin hiermit die ganz ergebene Anzeige, daß wir demnächst mit unserer Circus-Gesellschaft, die nur aus Spezialitäten allerersten Ranges besteht, hier ein-treffen und am
Sonnabend, den 1. Oktober,
 in dem eisernen Circus am Friedrich-Straße-Wer (vorm. Circus Schumann) einen Cypselus von Vorstellungen in der höchsten Reinkunst und bis jetzt unüber-troffenen Pferdebesetzung eröffnen werden. Gleichzeitig wird das Programm eine Fülle von Spezialitäten, mimischen Feerien mit neuen glänzenden Aus-stattungen u. c. bieten.
 Mit vorzüglicher Hochachtung
 Die Direction des Circus Corty Althoff.
 Alles Nähere durch demnächst er-scheinende Annoncen und Affichen.

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Witz Selina, die singende Soubrette,
Gruppe Leopard, Kraft- u. Zahn-produktionen a. d. Ringen, **Alfira-Gruppe,** Barriere-Akrobaten, **Mr. Clermont,** m. f. dress. Esel, Schweinen, Bären u. c., **Saverton-Gruppe,** Excentr. Akrobaten, **Granau und Seefeld,** Wiener Querspieler, **Herrn. Schulte,** Gesangs-Humorist.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.

Gratweil's Bierhallen
 Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Borussia-Konzert- und
Kouplet-Sänger.
 Gastspiel des **Charles**
Randolf, Zauberkünstler
 und Gedankenspieler à la Cumberland.
 Wochentags frei. Sonntags Entree 30 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch,
 Zwei Säle
 für Versammlungen und Vergnügungen.
 sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.
F. Sodtke.

Egyptische Ausstellung.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
 Geöffnet von Morgens 10 Uhr an.
Heute Vorführung der Karawane nur um 4 1/2 Uhr.
Sonntag, den 2. Oktober:
 Unwiderwärtlich: Abschieds-Vorstellungen
 um 4, 6 und 7 1/2 Uhr.

Goldene Medaille Halle 1891. Goldene Medaille Leipzig 1892.

Kathreiner's Malz-Kaffee

Nur in Packeten mit dieser Schutzmarke.

Patentirtes Fabrikations-Verfahren.

Vorzüglichster Zusatz und Ersatz für Bohnenkaffee.

Malz mit Kaffee-Geschmack.

Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken München,
 Wien-Basel-Mailand-Dijon,
 Filialen in Berlin und Paris.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Folgende Erscheinungen unserer Literatur empfehlen wir den Parteigenossen zur Anschaffung:

- Bernstein, Ed.,** Gesellschaftliches und Privateigentum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms Karl Marx vor den Kölner Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuss der rheinischen Demokraten wegen Auf-rufs zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849). Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Mit einem Vorwort von Fr. Engels. 0,15
 - Dietzgen, J.,** Die Zukunft der Sozialdemokratie. 0,10
 - Marx, Karl,** Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. 0,25
 - Bebel, Aug.,** Unsere Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“. 0,20
 - Wolff, Wilh.,** Die schlesische Milliarde. Abdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ März bis April 1848. Mit Einleitung von Fr. Engels. 0,20
 - Dietzgen, J.,** Sozialpolitische Vorträge. 1. National-Ökonomisches. 2. Die bürgerliche Gesellschaft. 0,15
 - Der letzte Schulze gegen den lebenden Laffale. Aus dem Berliner „Sozialdemokrat“ 1898. 0,25
 - Lafargue, P.,** Der wirtschaftliche Materialismus nach den Anschauungen von Karl Marx. 0,20
 - Lassalle, Ferd.,** Arbeiterprogramm. Ueber den Zu-sammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. 0,15
 - Kater, Emil,** Wilhelm Weitling. Seine Agitation und Lehre im geschichtlichen Zusammenhange dargestellt. 0,40
 - Christentum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik. Separat-Abdruck aus dem „Volksstaat“ 1872. 0,10
 - Engels, Fr.,** Zur Wohnungsfrage. Separat-Abdruck aus dem „Volksstaat“ 1872. 0,25
 - Deville, G.,** Gracchus Babeuf und die Verschönerung der Gleichheit. Aus dem Französischen und mit einem Nach-wort von E. Bernstein. 0,25
 - Lassalle, Ferd.,** Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Bertheidigungsrede. 0,15
 - Die Chartistenbewegung in England. Mit Anlagen: a) Rede v. Jos. Weyner Stephens, gehalten am 10. Februar 1839 in Staleybridge. b) Beschlüsse der Chartistenkonferenz vom April 1851. 0,25
 - Liebknecht, Wilh.,** Hocherrath und Revolution. 0,25
 - Dietzgen, J.,** Streitsätze eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie. 0,25
 - Lafargue, P.,** Das Recht auf Faulheit. 0,15
 - Lassalle, Ferd.,** Arbeiterlesebuch. 0,25
 - Eccarius, J. G.,** Eines Arbeiters Widerlegung der Lehren J. St. Mill's. 0,30
 - Liebknecht, Wilh.,** Wissen ist Macht, Macht ist Wissen. 0,30
 - Lassalle, Ferd.,** Kleine Aufsätze. 1. Die französischen National-Versammlungen von 1848. — 2. Antwort an Herrn Prof. Rau. — 3. Laffale und die Statistik v. Wadernagel. — 4. Herr Wadernagel oder der mod. Herostratus. — 5. Erwiderung auf eine Rezension der „Kreuz-Ztg.“. 0,15
 - Borkheim, S.,** Zur Erinnerung für die deutschen Nord-patrioten 1806-1807. Mit einer Einleit. v. Fr. Engels. 0,25
 - Liebknecht, Wilh.,** Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie. 0,10
 - Lassalle, Ferd.,** Affaire-Rede vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage: Die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben. 0,25
 - Bracke, Wilh.,** „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ 0,10
 - Lafargue, P.,** Die Entwicklung des Eigentums. Aus dem Französischen von E. Bernstein. 0,25
 - Der Zeitgeist. Eine Skizze von E. K. 0,15
 - Das kommunistische Manifest. 5. autorisirte deutsche Aus-gabe. Mit Vorreden von Karl Marx und Fr. Engels. 0,15
- Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
- Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-Expeditoren nehmen Bestellungen entgegen.
 Bei Aufträgen von Außerhalb bitten wir um gleichzeitige Einbindung des entfallenden Betrages (Porto extra).

Grosse Gedächtniss-Feier
 zum Fall des Sozialistengesetzes
 im „Feenpalast“, St. Wolfgangstr. u. Burgstr.-Ecke,
 am Sonnabend, den 1. Oktober, Abends 8 Uhr,
 arrangirt von den Genossen des
I. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Vokal- und Instrumental-Konzert,
 unter Mitwirkung von 250 Sängern (Mitgl. des Arbeiter-Sänger-Bundes)
 Dirigent: **Rudolf Tietz.**
Festrede gehalten vom Reichstags-Abg. Aug. Bebel.
Großes Festspiel.
 12 Jahre Verbannung, oder: Des Ausgewiesenen Heimkehr.
 Episch-dramatische Dichtung in 12 lebenden Bildern von C. M. Schövola,
 dargestellt vom „Verein für volkstümliche Kunst“, unter Leitung
 seines Dirigenten Genossen Frih Hansen.
 Nach dem Konzert und Festspiel:
Grosser BALL.
 Billets à 30 Pfg. sind bei den bekannten Genossen und in den mit
 Plakaten belegten Handlungen zu haben.
 NB. Eintrittskarten zu den lebenden Bildern sind à 10 Pf. bei den Fest-
 ordnern zu haben. Um zahlreichen Besuch bittet
Das Fest-Comité.

Freie Volksbühne.
Ausserordentliche General-Versammlung
 am Montag, den 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
 Die Tagesordnung wird noch veröffentlicht.
 J. K.: Julius Türk, Solmsstr. 24.

Freie Vereinigung
der Zeitungs-Expeditoren u. -Verkäufer.
 Durch ein Versehen sind in unserer Bekanntmachung vom 25. d. Mts.
 folgende Adressen nicht resp. unrichtig angegeben:
Carl Schäfer II, Gartenstraße 60.
E. Rothenburg, Elsfasserstraße 67.
Frau Wolf, vom 1. Oktober ab Falkenstraße 41.
 Der Vorstand.

Abonnements-
 Einladung
GEWÄCHTER
 Honorarlich-fachliches Arbeitsblatt.
 Erscheint jeden zweiten Sonntag abends mit dem Inhalt des 10. Hft.
 Mit jedem 1. eines Monats kann ein Abonnement
 auf dieses nun im dritten Jahrgang erscheinende, durch seinen
 Inhalt und seine Illustrationen beliebige Abonnement be-
 gonnen werden.
Preispapier:
 Vierteljährlich pro Exemplar mit einer Probeausgabe:
 für 10 Hft. 25 Pf. für 20 Hft. 45 Pf.
 für 30 Hft. 65 Pf. für 40 Hft. 85 Pf.
 für 50 Hft. 105 Pf. für 60 Hft. 125 Pf.
 Postgebühren für Postfach:
 2 Hft. Langen, Fachpostung, 10 Hft. (Postfr.)
 10 Hft. Langen 10 Hft. — 10 Pf. — 10 Cent.
 Preisprospekte werden auf Verlangen gratis und franco zugesandt.
 Post-Zeitungs-Konting. u. Adressen sind unentgeltlich:
 für Österreich Nr. 2000 für Deutschland Nr. 2000
 für die Schweiz Nr. 2000 für die Türkei Nr. 2000
 für die Türkei Nr. 2000
 J. An der Gasse 1

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-
 Anstalt, Nono Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Andreastr. 54, Fruchtstr. 38,
 Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reing. v. Garderob. jed. Art, Spitzen,
 Gard., Möbelst. gef. 1 Mt. p. Pfd., Weißb. gef. 1,25 Mt. p. Stüd. Gerren-
 Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu!
 Glasentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 2646L

Castan's
Panoptikum.
 Geöffnet von 9 Uhr Morgens
 bis 10 Uhr Abends.

Passage-
Panopticum.
Fuß!!
9 ein
Riesen-
Rind!!!
 Ohne Extra-Entrée.
 von 11-1 und 4-9 Uhr.
 Zum bevorstehenden Quartalswechsel
 empfehle meine Zeitungs-Expeditoren.
Max Kirsch,
 Ritterstr. 107, Ecke Prinzenstr.

Lang-Institut F. Pietsch,
 Mitglied der Genossenschaft deutscher
 Langlehrer. Ein neuer Lehrkursus für
 Damen u. Herren beg. Sonntag, 2. Okt.,
 Nachm. 4 Uhr. Meld. Adalbertstr. 3 und
 bei Beg. d. Unterrichts. Im 2. Institut
 Bremerstr. 72, beg. Montag, 3. Oktbr.,
 Abends 8 Uhr, ein neuer Lehrkursus.
 Meldungen Thurmstr. 87 u. bei Beginn
 des Unterrichts. 2174b

Zum bevorstehenden Quartalswechsel
 empfehle allen Freunden und Bekannten
 meine
Restauration
 verbunden mit **Distillation.**
 Auch steht ein **Biesen-Billard** neuest.
 Konstruktion zur Verfügung.
W. Haugk, Boedchstr. 12.
Dr. Hoersch, homöopath. Arzt,
 Pflanzstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Andrassstr. 23. S. P.
 6' Billard mit Zubeh., gut erb., ist
 zu verkaufen bei Ohlendorf, Liegnitzer-
 straße 40. 2254b

Kapitalismus und Cholera.

Gegen die vom „Vorwärts“ bereits beim Beginn der Seuche vorausgesagte schwache Preissteigerung der Desinfektionsmittel, die in den letzten Wochen große Dimensionen angenommen und beispielsweise die Karbolsäure enorm verteuert hatte, ist jetzt endlich die preussische Regierung „eingeschritten“. Das Ministerium des Innern und der Kultusminister haben den Behörden folgenden Erlaß zugehen lassen: „Dem Vernehmen nach ist zur Zeit die Beschaffung der sogenannten 100 proz. Karbolsäure, welche zur Herstellung der in der Anlage IV unseres Erlasses vom 1. September d. J. — M. d. J. 11008 — M. d. g. N. M. 8310 — zur Desinfektion bei Cholera empfohlenen Karbolsäurelösung dient, mit Schwierigkeiten verbunden, da sich nur noch ein kleiner Vorrath derselben am Markte befinden soll. Um den Behörden die Deckung ihres Bedarfes zu erleichtern, hat nach einer Mitteilung des Herrn Reichsanzwälters der Herr Kriegsminister eine für den ersten Bedarf ausreichende Menge 100prozentiger Karbolsäure in den Lazarethen am Sitz des Generalkommandos niederlegen lassen, mit der Anweisung, gegen Erstattung der Selbstkosten davon auf Wunsch an amtliche Stellen abzugeben.“ Wir schreiben damals (Nr. 199 vom 26. August):

„Eine Seuche, wie die aus den Niederungen des Ganges durch gütige Vermittlung unseres Erbfeindes im Osten zu uns gekommene Cholera, ist für unser Unternehmertum ein Gegenstand der Spekulation so gut wie Schweizerkäse, ostelbischer Fasel, Weißer Spigen und deutscher Sekt. Hat die Wissenschaft den Kommatyklus entdeckt und als Schutz und vorbeugendes Mittel gegen Verbreitung und Uebertragung der todbringenden Ansteckungsstoffe chemische Substanzen ausgegibt, so erscheint sofort auf dem Wahlplatze jenes blühende, durch die Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer, den niedrigen Lebensmaßstab, den Hungerlohn seiner Arbeiter, durch die berauschende Höhe seiner Geschäftsgewinne, seiner Dividenden, durch die außerordentliche Straffheit seiner Unternehmerverbände ausgezeichnete chemische Großgewerbe, um in der Zeit eines furchtbaren öffentlichen Notstandes den Rahm von der Milch zu schöpfen, ein nationales Unglück zu Gunsten seiner Aktionäre, seiner Geschäftsleiter, seiner Verwaltungsräte mit triumphirender Sicherheit auszubenten. Chloralkali, Kalifeife, Kalmilch, Salzsäure, Arzneimittel in Hülsen und Fässer, nützlich die Seuche zu bekämpfen, werden in unberechenbar großen Mengen gebraucht und gekauft werden, ein Springquell unermesslichen Vortheils für die Handvoll Großbetriebe, die nicht bloß den deutschen, sondern den Weltmarkt beherrschen... Es versteht sich am Rande, daß alle diese Erzeugnisse, hergestellt unter der Aussicht und unter dem Zwange von Kartellen, gemeinsamen Verkaufsstellen u. s. w., bei den jetzigen Verhältnissen erst recht ein Spielball in den Händen ihrer Herren und Meister sind, die über den Preis und die zu erzeugende Menge nach ihrem selbstherrlichen Gutdünken entscheiden. Schon meldet die in Geldsachen so feinfühlig bürgerliche Presse, die Fabriken könnten der Nachfrage nicht genügen, ein Steigen der Preise sei zu erwarten: der Boden wird geübet für die muntere Betriebsamkeit der Kapitalisten, die eine Epidemie bewerkeln nach den zahlenmäßigen Ergebnissen in Markt und Pflanzung und die an der Börse den Kurs der Papiere um so höher treiben werden, je greuelvoller die asiatische Cholera unter dem Volke wüthen wird. Zu Ruh und Frommen des Gemeinwesens muß in allerwege verhütet werden, daß die Raubritter hinter den hohen Schloten der chemischen Fabriken ihr Handwerk aus dem Stegreif ungehindert betreiben. Es ist sowohl dafür zu sorgen, daß zur rechten Zeit eine dem Bedarf genügende Produktionsmenge vorhanden ist, als auch daß die Preise der Chemikalien nicht willkürlich emporgeschwollen werden.“

Wie das zu geschehen hat? Unser Staat, so eifrig, das in seine Gewalt zu bringen, was in öffentlicher Verwaltung den Besitzenden am erspriehlichsten ist, unser Staat, der im Interesse des Kriegsheeres Bahnen verstaatlicht und für städtische Zwecke Kohlengruben und Hüttenwerke bewirtschaftet, hat nicht bloß das Recht, er hat die Pflicht, in einem Augenblicke öffentlicher Kalamität die Preise auch einmal zu Gunsten des Volkes zu regeln. Hat er doch für die Getreidezölle, für die Viehzüchter, für die Schnapsbrenner, für Papiermüller und Waldbesitzer die „angemessene Rente“ gefordert! So möge er jetzt seine Hand mit festem Griff auf jene Preismacher legen, welche gewillt sind, mit diesem öffentlichen Uebel Schindluderchen zu spielen, so möge er keine Preisstreiberen dulden, im Notfall sich der vorhandenen Vorräte verschließen, die Zufuhr und Erzeugung der Chemikalien regulieren. Er möge dafür Sorge tragen, daß der in normalen Zeiten übliche Marktpreis nicht überschritten, daß genügend produziert werde. Der preussische Staat zum Beispiel, der in so innigen Geschäftsbeziehungen zur chemischen Industrie steht — ist er ja doch mächtiges Mitglied des marktbeherrschenden Kartells (auch in der Salzgewinnung, nicht bloß im chemischen Großgewerbe treibt der preussische Staat Syndikatspolitik) — weiß sehr gut Bescheid auf diesem Gebiete, und wenn er will, kann er den Herren Unternehmern ein geschüttelt und gerüttelt Naach sozialpolitischer Anstandes einpausen.“

Eine Maßnahme, getroffen post festum, nachdem es zu spät, nachdem der Markt künstlich entleert ist, nachdem die Kartellherren die Preise nach ihrem Belieben diktieren können, kann nur wenig nützen.

Was aber hat denn die preussische Regierung getan? Sie hat Palliativmitteln verschrieben, deren Anzulänglichkeit und Chmacht sofort zu Tage trat, wenn die Cholera in Preußen größere Gebiete epidemisch heimsuchte. Anstatt sofort die geeigneten Schritte mit aller Energie zu thun, kommt dieser ministerielle Erlaß im Schritte der Krähwinkel Landwehr, eine bedredete Uebung für die soziale Leitmühseligkeit des Klassenstaats.

Die Aktionäre und Leiter der chemischen Fabriken aber werden vergnüglich schmunzeln über den gelungenen Streich.

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 27. bis 28. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

- Bereinzelte Erkrankungen: Regierungsbezirk Stade: in je 1 Ort, der Kreise Rehdingen und Jork 1 Erkrankung.
- Regierungsbezirk Potsdam: in der Stadt Spandau 1 Erkrankung, 1 Todesfall.
- Regierungsbezirk Frankfurt: in Frankfurt wurde bei einem am 20. Septbr. erkrankten zugereisten Schiffer nunmehr Cholera festgestellt.
- Regierungsbezirk Magdeburg: in Karbau bei Tangermünde 1 Todesfall.

Staat und Bezirk	Ort	Datum:							
		24./9.	25./9.	26./9.	27./9.				
		erkrankt	gestorben	erkrankt	gestorben	erkrankt	gestorben		
Hamburg	Hamburg	81	49	126	47	70	33	58	42
Preußen:									
Schleswig	Altona	15	6	11	7	11	4	9	9
Stettin	Hiddichow	—	—	—	—	2	—	—	—
	Ueckermünde	1	1	—	—	1	3	1	2
Mecklenburg-Schwerin	Boizenburg	—	—	—	—	—	—	5	—

Hamburg, 27. September. Unter Vorsitz des Ober-Landgerichtsrathes Dr. Martin hat heute eine Sitzung von Vertretern der ersten Bank- und Handelsfirmen hier stattgefunden, in welcher die Gründung einer Vorschusskasse für kleine Geschäftleute und Gewerbetreibenden beschlossen wurde. Demnächst sollen Zeichnungen für den Garantiefonds gestellt. Zum Vorsitzenden der Gesellschaft wurde Dr. Martin, zu Stellvertretern wurden Hugo Brandt und Rudolph Möring gewählt. Dr. Mönsberg und Moriz Melchior werden die Funktionen der Schriftführer übernehmen. Der Senat hat in einem dringlichen Antrag der Bürgerchaft vorgeschlagen, beide Verordnungen in Betreff der Anmeldepflicht choleraartiger Erkrankungen und betreffend die vorgeschriebene regelmäßige Reinigung der Wasserläufe seitens der Grundeigentümer zum Gesetz zu erheben. Die Gesamtsumme der bisher für die Nothleidenden eingegangenen Beträge übersteigt 1 620 000 M. Viele absonderliche Brunnen sind bereits fertig gestellt.

Hamburg, 28. September. Nützlich werden 58 Cholera-Erkrankungen und 42 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 49 Erkrankungen und 30 Todesfälle. Der Rest sind Nachmeldungen. Die Transporte betragen gestern 69 Kranke und 18 Leichen.

Nach einem Bericht des Medizinalamts sind in der letzten Woche, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, in Hamburg hundertsechzig Personen an Typhus gestorben. Die Typhuserkrankungen nehmen zu. Der Typhus findet seinen besten Nährboden in dem furchtbaren Nothstand der Bevölkerung, die am Hungertuche nagt.

Bremen, 28. September. Da die Choleraepidemie nunmehr für Bremen ausgeschlossen erscheint, ist das Verbot gegen öffentliche Tanzbelustigungen im Stadt- und Landgebiet aufgehoben worden.

Charlottenburg, 28. September. Hier ist in den letzten Tagen nur ein choleraverdächtiger Fall zur Kenntnis der Behörden gelangt. Die anderen lautenden Meldungen sind demnach unrichtig.

Köln, 27. Sept., Abds. Das auf den 2. Oktober festgesetzte Ausfahren der Niederrad-Meisterschaft für Europa (Verteidiger: Vater-Franzfurt) wurde wegen der Choleraepidemie polizeilich unterlagert.

Stuttgart, 28. Sept. Sergeant Schell vom Grenadier-Regiment „Königin Olga“ ist an Brechdurchfall erkrankt, die Ärzte hegen den Verdacht der Cholera-Erkrankung und haben die bakteriologische Untersuchung eingeleitet.

Köln, 28. September. Die „Köln. Volks-Ztg.“ meldet aus St. Goar: Auf einem von Duisburg kommenden Schleppebaum ist ein choleraverdächtiger Fall mit tödlichem Ausgang vorgekommen. Die Schiffsmannschaft befindet sich in Quarantäne.

Wien, 28. Sept. Nach authentischen Informationen ist bisher in Oberberg kein Cholerafall vorgekommen. — Nach amtlicher Meldung sind in Galizien keine neuen Erkrankungs- oder Todesfälle infolge Cholera vorgekommen.

Brüssel, 28. September. Hier sind gestern an Cholera 3 Todesfälle und 2 Erkrankungen, in Paturages 2 Todesfälle und 5 Erkrankungen vorgekommen.

Amsterdam, 27. September. Im Haag ist ein Cholera-Todesfall, in Maarsse sind zwei Erkrankungen, in Utrecht, Alfen am Rhein und Zwammerdam je ein Todesfall, in Goudywaard zwei Todesfälle vorgekommen.

Paris, 28. September. 29 Erkrankungen und 22 Todesfälle an Cholera wurden hier gestern gemeldet; in Havre 9 Erkrankungen und 2 Todesfälle.

Paris, 28. Sept. Gestern sind in Paris 29 Cholera-Erkrankungen und 7 Todesfälle, innerhalb der Banneville 7 Erkrankungen und 9 Todesfälle vorgekommen.

Havre, 28. Sept. Gestern erkrankten hier 4 Personen an der Cholera, 3 sind gestorben.

Stockholm, 28. Sept. Bezüglich der Postverbindung zwischen Schweden und Deutschland ist zwischen den beiderseitigen Postverwaltungen vereinbart worden, daß, im Falle Pommeren für cholerafrei erklärt wird, die täglichen Fahrten der Dampfer „Sten Sture“ und „Oskar“ wieder ausgenommen werden sollen; bis auf Weiteres machen diese Dampfer nur je drei Reisen wöchentlich zwischen Ralmö und Stralsund.

New-York, 27. Sept. Auf der „Bohemia“ sind noch drei weitere Cholerafälle vorgekommen, alle fünf erkrankten Personen sind nach der Swinburn-Insel gebracht worden.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 29. September d. J., Nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für Petitionen. — Petitionen, betreffend die Verbreiterung der Potsdamerstraße zwischen Potsdamer Platz und Lühnowstraße, und die unentgeltliche Lieferung von Gas und Wasser für Zwecke der Ausbesserung von Wohnungsanordnungen. — Bewilligung der Kosten für bauliche Unterhaltungskosten auf dem Grundstück des Krankenhauses Am Urban. — Theilung der Stadtbezirke 78, 107, 112, 180 und 254. — Gewährung einer Bewilligung an den Spreckbörnerverein zur Errichtung eines Monumentalbäues über der Spreckbörnerstraße. — Erwerbung des Straßenlandes von dem Grundstücke Artilleriestraße 7. — Bewilligung von Vergütungen für das Dienstpersonal der städtischen Fluss-Bade-Anstalten. — Verwendung der städtischen Grundstücke Hannoverstraße 10/11. — Umgestaltung der Straße unter den Linden. — Abänderung und Ergänzung des zwischen Mollerstraße, Seefstraße und Jungfernhaiden belegenen Theils der Abtheilung X¹ des Bebauungsplanes. — Projekt zum Neubau eines Wagen- und Materialschuppens für die Desinfektionsanstalt in der Reichsbergerstr. 66. — Projekte für den Neubau der dreifachen Schule in der Stephanstr. 25/26. — Ankauf eines an der Straße 36a, Abtheilung XI, belegenen Grundstückes zu Gemeindefalzwecken. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung

betreffend die Schaffung von Einrichtungen zur Unter-suchung und Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Gemeindefalzer. — Mietzung von Räumlichkeiten im Hause Poststraße 1, beziehungsweise Königsr. 4/6, zur Unterbringung rath-häuslicher Bureau's. — Fünf Rechnungen, eine Unterstützung-sache. Außerdem findet in dieser Sitzung — und zwar um 6 Uhr — die Wahl des Ersten Bürgermeisters, sowie von sieben un-befol deten Stadträthen statt.

Lokales.

Die Entlassung der Schüler aus den Schulen beeinflusst gegenwärtig wieder sehr stark den Arbeitsmarkt. Der aus der Schule entlassene Knabe soll sich einem Lebensberufe widmen, und meist sind die Eltern bereit, noch für den Jungen ein Opfer zu bringen, wenn er „etwas Tüchtiges“ zu lernen Gelegenheit findet.

Aber was kann man denn heutzutage noch als „tüchtig“ bezeichnen?

Die Spalten der Blätter, in denen Arbeitskräfte verlangt werden, enthalten jetzt hundertfach die Anzeige: „Ein Lehrling wird verlangt!“ Handwerker jeder Art werfen diese Inseraten-Angel aus; es ist immer ein Glüd, wie ein guter Fischfang, wenn sich ein solcher, mindestens halb unentgeltlicher Arbeiter für die kleine Handwerkskammer findet.

Knaben, die durch ihre persönlichen Verhältnisse darauf angewiesen sind, gleich Etwas verdienen zu müssen, verdienen sich als Laufjungen oder sie nehmen Beschäftigung in einer Fabrik. Viele Eltern lassen den Jungen auch noch erst eine Zeit lang in einer leichten Laufjungen-Beschäftigung, um ihn noch ein wenig anzufüttern, denn der Junge ist unter dem Einflusse des Schul-unterrichts und vielleicht auch in der nicht sehr zuträglichen Luft einer wenig vortheilhaften Wohnung in seiner körperlichen Ent-wicklung zurückgeblieben. Der Lehrmeister, der sich gern auf die Züchtung von Lehrlingen legt, besitzt in solchen Dingen Kenner-beruf. Er giebt dem sich vorstellenden Lehrling die Hand und prüft Muskel und Knochen, denn er muß wissen, was der junge Lehrling in der Werkstatt leisten kann. Solcher Meister ist auch nicht selten menschenfreundlich genug, den Eltern zu rathen, ihren Jungen noch ein Jahr zu Hause zu behalten, da das Kind für die Lehre noch zu schwach sei; erklären die Eltern aber, den Jungen nicht mehr länger unentgeltlich ernähren zu können, so nimmt ihn der Meister auch sofort, aber, wie er ausdrücklich zu betonen nicht unterläßt, nur „aus gutem Herzen“, denn der Junge ist eigentlich noch viel zu schwach und verdient in den ersten Lehr-jahren nach der Behauptung des Meisters noch lange nicht sein Essen. Natürlich wird die mangelhafte körperliche Entwicklung des Jungen bei der Vereinbarung über die Dauer der Lehrzeit gebührend berücksichtigt; der schwächliche Lehrling muß länger lernen, als sein körperlich kräftigerer Genosse, um dem Meister die Entschädigung für die Bemühungen seiner „Lehrthätigkeit“ wieder einzubringen.

Nun wollen neuerdings viele Leute Nichts mehr von dieser meisterlichen Lehrthätigkeit wissen; sie behaupten, daß die ganze Lehrlingszuchterei gar keinen anderen Zweck habe, als die Ge-winnung billiger Arbeitskräfte für den Unternehmer, und die größten Gegner dieser Lehrlingszuchterei sind begreiflicherweise diejenigen Handwerksgehilfen, die unter der Lehrlingskonkurrenz zu leiden haben. Das schließt natürlich nicht aus, daß gewisse Handwerksmeister, deren handwerksmäßige Tüchtigkeit in würdiger Weise ihrer Menschenfreundlichkeit an die Seite zu setzen ist, gerade in der Lehrlingszucht und -Ausnutzung den vielgerühmten goldenen Boden des Handwerks erblicken.

Keine Behörde, kein Beamter kümmert sich um die Ausbildung des Lehrlings; kontrollos ist dieser auf eine Reihe von Jahren der „väterlichen Gewalt“ des Lehrmeisters unterstellt. Ist diese lange Lehrzeit vorüber, dann verläßt der junge Mann in anderen Werkstätten zu arbeiten und dort zu lernen.

In den einzelnen Fällen gestaltet sich die Arbeitskonkurrenz der jungen Kräfte viel stärker, als man gewöhnlich glaubt. Ueberall hört man in diesen Tagen von der Entlassung älterer Arbeiter infolge der Einstellung von Lehrlingskräften.

Da hat ein Konditor einen Lehrling 1 Jahr lang beschäftigt. Die Hauptarbeit des Lehrlings bestand darin, das Gebäck von der Keller-Werkstatt eine steile Treppe hinauf in den Laden zu tragen. Der Junge hat einige Tage die Gänge, die er auf dieser Treppe gemacht hat, gezählt und deren Zahl auf etwa 150 täglich festgestellt, was nicht ungläublich erscheint, da er eine etwa fünfzehnjährige Arbeitszeit hatte. Jetzt ist der ehemals kräftige Junge krank und liegt zu Hause bei seinen Eltern; der Konditor hat aber so eine neue Lehrlingskraft ge-wonnen, die voraussichtlich wieder ein Jahr vorhält.

In einer großen Restaurationsküche unter den Linden werden zwei Töchter gutstatterter Eltern das Kochen erlernen; angeblich bezahlen sie dem Unternehmer noch ein Lehrgeld. Dieser hat nun in richtiger Würdigung der Verhältnisse eine alte Köchin entlassen. Er spart deren Lohn, erhält Lehrgeld für zwei Schülerinnen und bekommt die gleiche Arbeit geleistet, wie früher.

Das sind Bilder aus der Zeit der Lehrlingsaufnahme im Handwerk, und in den Geschäften liegen die Dinge genau ebenso.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Montag, den 3. Oktober, beginnt in der Südost-Schule, Reichsbergerstr. 193, sowie am Dienstag, den 4. Oktober, in der Nordschule, Müllerstr. 179a, ein neuer geistlicher Kursus in der kaufmännischen Rechen-kunst (sog. Kurzrechnen), Wechselkunde, als auch in der kaufm. Korrespondenz (auch im Verkehr mit Behörden und dem Amts-gericht). — Dieser Unterricht wird nur an Mitglieder der Arbeiter-Bildungsschule erteilt, doch kann auch ein Jeder, der die Mitgliedschaft durch Zahlung eines Monatsbeitrages von 25 Pf. pro Monat erwirbt, daran theilnehmen.

Es soll gelehrt werden: Rabatts-, Zins-, Diskont-, Termin-Rechnung, das Ausziehen von Kontolorenten, Wechsel- und Effekten-Rechnung, Waaren-, Wechsel-, Effekten- und Geldsorten, Kalkulation, Arbitragerechnen u. s. f. — Das Aussehen von Zirkularen, Anerbietungen, Geschäftsempfehlungen, Anfragen, Erklärungen, Aufträgen, Adressbrieven; von Briefen über Kom-missions-, Expeditions-, Geld- und Wechselgeschäfte, über Affe-luranzen, Schuldverhältnisse, Streifsachen und Fallimente, ferner das Mahn- und Klageverfahren; die Ausstellung von Rechnungen, Noten, Fakturen, Bescheinigungen, Vertragsurkunden, Schuldscheinen, Wechseln, Anweisungen, Bürgschaften, Cessionen und Vollmachten u. s. w.

Aus vorstehender Aufstellung ist ein Jeder im Stande, sich von der Wichtigkeit des Unterrichts zu überzeugen, und sei hierbei auf die gleichfalls große Wichtigkeit der übrigen in der Arbeiter-Bildungsschule gelehreten und in Nr. 226 des „Vorwärts“ vom 27. Sept. ex. in Lehrplan der Schule zur Kenntnis gebrachten früher schon deshalb hingewiesen, weil der Unterricht in rein populärem Sinne gehalten und dadurch gerade der einzelnen Person Gelegenheit gegeben wird, dasjenige ungenirt und auf leicht faßliche Weise nachzuholen, was zu erlernen ihr in jüngeren Jahren durch be-stimmte Verhältnisse unmöglich gemacht wurde. Deshalb sollten wieder Damen noch Herren versäumen, der Schule beizutreten und

unförmiger, als der Betrag sowohl wie das Schulgeld so gering ist, daß es auch dem wenigst Bemittelten möglich ist, ihn anzubehalten; es soll auch niemand vergessen, daß durch Massenbeiträge der Arbeiter und Arbeiterinnen das der Schule gesuchte Ziel, der Allgemeinheit Aufklärung geschafft zu haben, recht schnell Verwirklichung findet, darum trüben aus Wert und beherzige ein Jeder das Sprichwort: „Bildung macht frei“.

Die Zahlstellen der Schule sind in Nr. 226 des „Vorwärts“ vom 27. September bekannt gegeben.

Die Zahl der zur Klassensteuer veranlagten Personen betrug für das Jahr 1891/92 537 204, gegenüber dem Vorjahre mit 518 388, mithin im Berichtsjahre mehr 18 816 Personen. Das staatliche Klassensteuer-Soll dieser Personen belief sich auf 3 021 192 M. Die Zahl der zur Klassensteuer veranlagten Personen betrug 43 432, gegenüber dem Vorjahre mit 41 908, mithin im Berichtsjahre mehr 1 524 Personen. Das staatliche Einkommensteuer-Soll dieser Personen belief sich auf 18 344 856 M., gegenüber dem Vorjahre mehr 1 154 925 M. Als Gesamtergebnis der Hauptveranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer ergibt sich bei 475 181 Personen, sowie bei juristischen Personen und Gesellschaften, bei Horenseu, Militärpersonen und Schiffern mit 20 011 597 M. Bei der Erhebung verschiedener Steuern mußten gemahnt werden 620 349 Steuerpflichtige und zwar 1608 bei der Haus- und Substitutionssteuer, 207 891 bei der Miethsteuer und 410 855 bei der Staatskassen- und Gemeinde-Einkommensteuer, das sind 20,10 pCt., da die Zahl der Steuerposten 3 084 816 betrug. Durch Zahlung nach stattgefundener Mahnung erledigten sich 414 946 Steuerposten, während die eingeleitete Zwangsversteigerung in 176 319 Fällen fruchtlos verlief, Pfändungen wurden vollstreckt in Mobilien und sonstigen Sachen in 15 780 Fällen, in Geldforderungen in 5026 Fällen. Von den gepfändeten Sachen sind zur Deckung der Steuerreste wirklich versteigert worden in 192 Fällen.

Aus dem Krankenhaus Moabit. Der letzte Bericht lautet wiederum recht günstig. Es ist in der gestrigen Nacht vom 76. Polizeirevier nur ein Mann eingeliefert worden, der von Krämpfen befallen war; außerdem wurde vorgestern Abend spät der Vater des an der asiatischen Cholera erkrankten jungen Gladow von seinem Sohn nach Moabit geschafft. Gladow der Jüngere weist keinerlei choleraverdächtige Symptome auf. Entlassen wurde gestern Vormittag die Krankenpflegerin Fräulein Bolten, sowie die unter ärztlicher Beobachtung gestellte gewesene Schifferfamilie Jeltz; morgen wird Herr Musikdirektor Bartolow das Krankenhaus verlassen dürfen. Mit Ausnahme des 15jährigen Gladow sind sämtliche von der Cholera befallenen männlichen Patienten bereits als Rekonvaleszenten zu betrachten und haben theilweise schon das Bett verlassen; auffallend gebessert hat sich das Befinden der bereits als aufgebeugten betrachteten Frauen Orthmann und Daberkalt; dieselben dürften dank der aufopfernden ärztlichen Pflege in dem oben erwähnten Krankenhaus als gerettet gelten; ebenso befinden sich die Schiffer Boytkowitsch Kinder in voller Genesung. Der Befand an choleraverdächtigen Personen in Moabit betrug heute Vormittag 17.

Die „Heimstätte für Verletzte“, alias „Villa Scharfenberg“ in Nieder-Schönhausen bei Berlin hat eine höchst reizvolle Vorgeschichte, deren Kenntnis zur richtigen Würdigung dieser seit Jahren „Verkaufsstelle“ unerlässlich erscheint. An der Hand einer offiziellen Denkschrift der Sektion 4 der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft enthält die „Allgemeine Fahr-Zeitung“ die Bestimmungen der „Villa Scharfenberg“ wie folgt:

Nach vorerwähnter Sektions-Denkschrift hatte Herr Scharfenberg vor einigen Jahren mit einem Sargischer und einem Kirchner in dem benachbarten Nieder-Schönhausen eine der Gründer-Arena entstammende faule Villa um billiges Geld zu Spekulationszwecken erworben. Die Spekulation schlug indes fehl und das Villen-Konkordat verhandelte unumkehrbar wegen Verletzung des Grundstücks mit einem Fräulein Grimm, die mit einem Dr. Strube in gedachter Villa eine Irren-Asylanstalt einzurichten beabsichtigte. Allein auch dieser Plan scheiterte, und zwar an der Verfassung der bedürftlichen Konzeption, denn der Bezirksphysikus erklärte das Gebäude für Krankenhause zwecklos in jeder Hinsicht als ungeeignet. Das Villenkonkordat sah abermals fehl.

Inzwischen war jedoch im Verbands der deutschen Berufsgenossenschaften die Idee des Bundes gemeinsamer Krankenhäuser in Verbindung mit medico-mechanischen Heilanstalten aufgeworfen und der Verwirklichung nahegerückt. Als Vorsitzender seiner hierbei mitinteressierten Berufsgenossenschaft konnte Scharfenberg den Stand der Dinge; er wußte auch, welche überauswichtigen Hoffnungen an die Einbürgerung des medico-mechanischen Heilverfahrens in den Berufsgenossenschaften getraut und durch eine geschickte Reklame genährt wurden, und hatte daher nach dem Hinschlagerwerden seines Miethprojektes mit Fräulein Grimm nichts Willigeres zu thun, als die Idee der Errichtung einer medico-mechanischen Heilanstalt für Rechnung seiner Genossenschaft selbstständig aufzunehmen — natürlich in der mehrgedachten „Villa Scharfenberg“. Damit war die letztere — die selbstverständlich zu diesem Zwecke erst gehörig ausgearbeitet und durch allerhand Altsche als „zweifellos“ hingestellt worden — glücklich an den Mann gebracht, wenn auch vorläufig nur miethweise.

Die Sache hatte indes ihren Haken. Der Genossenschaftsvorstand war zu so weitgehenden Maßnahmen überhaupt nicht berechtigt. Außerdem entstand nach dem Bekanntwerden des mit aller Heimlichkeit betriebenen Gründungsprojektes in der ganzen Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft eine gewaltige Entrüstung, die in einer stattlichen Zahl von Protesten, Beschwerden und Protestversammlungen ihren Ausdruck fand, — so namentlich vor allem durch das jetzige Zentralkomitee deutscher Fuhrwerke und Fuhr-Unternehmer zu Berlin und schließlich auch durch die Sektion 4 (Berlin). Von da ab denn auch die systematische Chikanierung der letzteren und die planmäßige Untergrabung der Sektionsverträglichkeit und Sektionsexistenz, deren Folgen unsere unglücklichen Arbeiter leider mitanzubeden haben.

Der allgemeine Entrüstungsturm über die erneut zu Tage getretene Selbstsucht Scharfenbergs und das eigenmächtige Verschleppen des Genossenschaftsvorstandes hatte aber doch die Wirkung, daß die Frage der Heimstätten-Übernahme auf Befehl des Reichs-Berufungsamtes auf die Tagesordnung der für den 9. Juni v. J. in München angeordneten Genossenschafts-Verammlung gesetzt werden mußte. Die Lage für Scharfenberg und den Genossenschaftsvorstand war nachdem am so kritischer geworden, als kurz zuvor der vom Zentralkomitee und von der Sektion 4 (Berlin) als Sanitäts-Polizeibehörde angesehene Landrath des Kreises Nieder-Barnim nach erneuter Physikat-Bestellung der absoluten Untauglichkeit der „Villa Scharfenberg“ zu Krankenanstalt — Zweck der Schließung der Heimstätte verfügt hatte. Inzwischen auch hier wußte Scharfenberg den Schlag durch Entfaltung einer Unverschämtheit zu parieren, die in der Geschichte der Berufsgenossenschaften bis jetzt wohl einzig dasteht. Trotz landwirthschaftlicher Schließungs-ordere und erster Warnung einschüchternder Delegierter vor dem „Sprung ins Kuller“ beschloß die zum Theil aus blinden Scharfenbergianern damals sich zusammenfindende Genossenschafts-Verammlung die Übernahme der Heimstätte auf die Genossenschaft mit 22 gegen 21 Stimmen, mit einer Stimme Majorität! Dieses Resultat erklärt sich aus dem Umstande, daß die in Genossenschafts-Vorständen vertretenen Delegierten sammt Scharfenberg sich an der Abstimmung mittheilhaftig, somit Richter und Partei in ihrer Person vereinigten hatten — eine undogmatische Thatsache, die sich sogar unter den Augen des mitanzusehenden Regierungskommissars abspielte!

Sechs Monate später, Ende Dezember 1891, hob das Reichs-Berufungsamt infolge einer zahlreich unterstützten Protestbeschwerde der Sektion 4 (Berlin) diesen Beschluß auf, und die Heimstätte fiel damit an ihre Gründer zurück. Um das Insitu;

vor der angebotenen polizeilichen Schließung zu bewahren und es der Spekulation dienlich zu erhalten, begann nun eine Reihe von Besitzveränderungen, die den Behörden und Heimstättenverwaltungen die Nachbarkeit des eigentlichen Eigentümers rein unmöglich machte. Immer verlor es Scharfenberg, sich durch eine neue Manipulation der Schlinge wieder zu entwinden. Unter solchem Nadel- und Nadelstich verdingen wiederum Monate, bis man endlich durch energisches Andringen beim Reichs-Berufungsamte davon Kenntnis erhielt, daß die Heimstätte vom stellvertretenden Genossenschaftsvorsitzenden Wilm-Potsdam für eigene Rechnung übernommen sei — eine Mittheilung, an deren Verlässlichkeit in gegnerischen Kreisen wohl nicht mit Unrecht ge zweifelt wird und die selbst im Falle ihrer Richtigkeit an den bestehenden Uebelständen erst recht nichts ändert, denn der Herr Genossenschaftsvorsitzende und sein Stellvertreter wandeln eben einträchtig Hand in Hand.

Noch sind die Asten über die Heimstätte nicht geschlossen, und das Zentralkomitee deutscher Fuhrwerke und Fuhr-Unternehmer, wie die in Aht und Bann gebrachte Sektion Berlin der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft lassen es sich angelegen sein, einem Treiben, das man unbedenklich als Unfug bezeichnen darf, den längst verdienten Sarau zu machen. Hoffen wir es!

Unsere Genossen in Weiskensee unternahmen am letzten Sonntag eine Agitations-tour nach den Dörfern Feinersdorf, Wartenburg, Blankenburg, Malchow, Buschow, Vindenberg und Schwannberg. Mit „Rustik“ waren die Agitatoren so reichlich ausgerüstet, daß fast jedes Haus mit sozialdemokratischen Schriften besetzt werden konnte. Die Aufnahme war in sämtlichen Ortschaften eine ganz gute, die Schriften wurden überall mit der größten Bereitwilligkeit angenommen und sehr viele der Empfänger vertieften sich sofort mit großem Interesse in die Lektüre. In Buschow wurde eine längere Zeit gehalten. Im Gasthof waren mehrere Arbeiter anwesend, die in der Nähe beim Bahnbau mit Erdarbeiten beschäftigt sind. Die Lebenslage dieser Arbeiter steht auf einem recht niedrigen Niveau. Die Heilstätte befindet sich in einem Bretterstuppen, der nur notdürftig Schutz gegen Wind und Wetter genährt. Die Leute müssen auf Stroblager schlafen, einige abgesehene Decken giebt's zum Zudecken. Natürlich ist in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätte die übliche Kantine errichtet, aus welcher die Arbeiter während der Woche ihre sämtlichen Lebensbedürfnisse entnehmen müssen. Für vieles Geld wird nur wenig und sehr mittelmaßige Waare verabreicht, in Berlin ist das Alles viel besser und billiger. Der größte Theil des Wochenlohnes bleibt in der Kantine sitzen. Die Arbeiter und auch die Ortsbewohner würden es ganz gern sehen, wenn in jenen Dörfern mal eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten würde, mehrere Wirthe erklärten sich sofort bereit, ihre Säle herzugeben. An Einladungen, recht bald wieder zu kommen, setzte es auch nicht, so daß diese Gegend für die sozialistischen Bestrebungen als „gut“ bezeichnet werden kann.

Drei Genossen, welche für die Richtigkeit ihrer Angaben einstehen, ersuchen uns um Veröffentlichung des folgenden: Vergangenen Sonntag besuchten dieselben das Restaurationslokal von Sperling, Götlicher- und Curkräuter-Gasse. Hier geriethen sie in eine Unterhaltung mit einem ihnen unbekanntem Gast, an welcher sich schließlich auch der Wirth und dessen Frau theilnahmen. Das Gespräch spielte sich auf das politische Gebiet hinüber. Zuerst beobachteten die Genossen eine gewisse Reserve, weil sie den anderen Gast nicht kannten. Derselbe jentwidelte aber solche Ansichten, daß diese Reserve bald als nicht mehr nothwendig erschien. Der Meinungs-austausch wurde immer lebhafter und in der Hitze des Gefechtes paßirte dem Unbekannten das Malheur, daß er einen Streichholzbehälter umfiel, so daß die Hölzer auf den Tisch fielen. Dieselben wurden sofort wieder gesammelt und in die Tasche gesteckt. Dem Wirth schien aber die Wendung, die das Gespräch genommen hatte, nicht sonderlich zu gefallen. Es ließ sich aber durch seine Mißbilligung's Kundgebungen Niemand in der Unterhaltung stören. Da stand der Wirth plötzlich auf, stellte sich vor den Unbekannten hin und schlug denselben, ohne daß ihn Jemand hieran verhindern konnte, mit der geballten Faust in das Gesicht. Der Geschlagene verließ sofort das Lokal, ohne sich auch nur im Geringsten zur Wehre zu setzen. Obgleich einer der Genossen sich schleunigst daran machte, ihm zu folgen, um wenigstens die Adresse festzustellen, war er doch nicht mehr eingeholen. Jetzt wurde der Wirth zur Rede gestellt, weshalb er ohne Weiteres auf wehrlose Leute losschlage. Dieser wollte zuerst seine Handlungsweise dadurch rechtfertigen, daß er Menschen in seinem Lokal nicht zu dulden brauche, welche — Streichholzbehälter umschütten. Als ihm vorgehalten wurde, daß hierdurch absolut keinerlei Schaden entstanden sei, erhielten die Genossen den Wink, das Lokal gefälligst zu verlassen, in diesem sei er (der Wirth) Herr und nicht seine Gäste. Da dieses Lokal fast nur von Arbeitern besucht wird und auch ein sozialistischer Männer-Gesangsverein (Titania) in demselben tagt, ist es vielleicht von Nutzen, wenn dieser Vorfal dem größeren Publikum bekannt wird. Die Genossen sind vielleicht in der Lage, dem Wirth einschneidend zu machen, daß die Zeiten des Faustrechts längst vorüber sind.

Einbruch in eine Dynamitfabrik. In der Zeit vom 14. bis 20. d. Mts. sind an dem im Schanzeholze bei Rau belegenen Hagozin der Altenburger Patent-Pulverfabriken Zweig u. Co. zwei und ein halbes Kilogramm Dynamit mittelst Einbruchs gestohlen worden. Das Dynamit befand sich in einer aus strohgedeckter Pappe hergestellten Schachtel von 21 Zentimetern Länge, 1 1/2 Zentimeter Breite und acht Zentimeter Höhe. Es besteht aus etwa vierzig Gelatine-Dynamitpatronen und etwa sechs sogenanntem Schlagpatronen, deren erstere etwa zwölf Zentimeter, letztere vier bis fünf Zentimeter lang sind. Beide Arten sind im Durchmesser dreiundzwanzig Millimeter stark und haben eine aus Pergamentpapier bestehende Umhüllung. Auf dieser ist ein ruhender Stöbe mit der Aufschrift „Rheinische Dynamitfabrik“ etwas undeutlich schwarz aufgedruckt. Jede Patronenung, die zur Ermittlung des Diebes und des Verbleibs des entwendeten Sprengstoffes führen kann, ist erwünscht. Die Firma hat auf die Ermittlung eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

Verunglückter Arbeiter. Der Arbeiter August Wille, Ballisadenstr. 13 wohnhaft, bei der Firma Schulz u. Co., Wirtensstraße 18b, in Arbeit stehend, war dieser Tage in der städtischen Gasanstalt in Schwargendorf am Eisenbahn-Gräbenbau mit dem Theeren von Holz beschäftigt. Die städtische Bauverwaltung liehrt zu dieser Arbeit Theer und Ädel, die allerdings so wenig widerstandsfähig sind wie etwa eine Konservendose. Wille stellte einen dieser Ädel, etwa zwei Liter enthaltend, zum Anwärmen auf das Roßfeuer. Es dauerte nicht lange, da war der Boden losgelöset, der Theer stand im Nu in hellen Flammen, welche schnell um sich fingen. Wille konnte sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen. Er erlitt an Gesicht und Händen fürchterliche Brandwunden. Die Haut hing an den verbrannten Stellen in Fetzen herunter. Einige der Mitarbeiter eilten sofort zum Bauereu, um für einen Rothweindband Sorge zu tragen. Hier war aber kein Verbandkasten vorhanden, es fehlte auch an dem Rothweindband, um auch nur das Geringste zur Linderung der Schmerzen des Verletzten thun zu können. Einer der Arbeiter wurde zu Fuß nach Wilmersdorf geschickt, um einen Arzt herbeizuholen. Die Sprechstunden desselben waren aber schon vorüber, er selbst in seiner Wohnung nicht mehr anwesend. Der Arbeiter wußte nicht ununterrichteter Sache zurückzukehren, er ließ eine Viertelstunde weiter zum nächsten Doktor. Hier war ebenfalls nichts zu wollen, der Doktor war ebenfalls gerade weggegangen. Jetzt ging's — immer zu Fuß — weiter nach Schönberg, Goltstraße, wo sich noch langem Suchen ein Trostmittel fand, der sich bereit erklärte, den Verletzten nach dem Elisabeth-Krankenhaus zu fahren. Hier endlich fand derselbe Auf-

nahme und konnte sich seine schmerzenden Wunden verbinden lassen. Auf dem Bau sind schon wiederholt Unglücksfälle vorgekommen, daß letzte Mal verunglückten eine ganze Anzahl Arbeiter. Es ist unter diesen Verhältnissen doch sicher nicht zu viel verlangt, wenn von der Bauleitung gefordert wird, daß wenigstens die Mittel vorhanden sind, um bei Unglücksfällen die erste Hilfe leisten zu können. Das wäre mit übermäßig großen Geldopfern gewiß nicht verknüpft, denn einige Verbandskästen u. s. w. erfordern keine große Ausgabe und außerdem werden dieselben nicht werthlos, sondern können anderweit immer wieder Verwendung finden. Wenn die städtische Bauverwaltung die Arbeiter an die Unternehmer vergiebt, kann sie sich außerdem beim Zuschlag ausbedingen, daß der Unternehmer für die erste Hilfe bei Unglücksfällen ausreichend Sorge trägt. Wie das vorgeführte Beispiel ergiebt, geschieht das leider nicht, so daß die Verunglückten erst stundenlang von Pontius zu Pilatus wandern müssen. Abhilfe erscheint hier dringend geboten.

Zum Morde auf dem Spanbauer Berg wird mitgetheilt: Durch die unzuverlässigen Angaben der Zeugen werden auch bei diesem Morde die Nachforschungen nach dem Thäter unglaublich erschwert. Wie mitgetheilt, hatte ein Kellner Sell, der mit Franziska Lowinska genau bekannt war, bekundet, daß er in der Nacht zum Sonnabend im Schanklokal von Stepputat, Invalidenstraße 18, mit der Tirne zusammengetroffen sei; er war auf die Unwahrscheinlichkeit seiner Zeitangaben und darauf hingewiesen worden, daß er sich wahrscheinlich in der Nacht irre. Sell jedoch erklärte jeden Irrthum für ausgeschlossen und Stepputat bekräftigte seine Behauptungen. Dieselben waren sehr wichtig; denn mit ihnen fiel der Verdacht gegen den etwa 40 Jahre alten, wie ein Schlächter aussehenden Mann, der mit der Ermordeten und deren Freundin am Donnerstag Abend auf der Pferdebahnfahrt nach dem Spanbauer See Bekanntschaft angeknüpft hatte und mit dem sie, am Erdpunkt der Fahrt angekommen, vom Wege ab in das Gebüsch geeilt war, indem sie ihrer Begleiterin Völber noch zurief: „Geh' nur voraus, ich komme gleich nach!“ Infolge dieser Angabe sohdete die hiesige Kriminalpolizei nicht mehr nach diesem Menschen, sondern suchte andere Spuren. Jetzt stellt sich heraus, daß sich sowohl der Kellner wie der Wirth doch in der Nacht geirrt haben. Beide hatten nämlich unter Anderem darauf aufmerksam gemacht, daß die Lowinska einen zerbrochenen Schirm bei sich geführt habe, von dem sie erzählte, sie habe ihn bei einer eben vorgekommenen Schlägerei in der Friedrichstraße zerbrochen. Es ist nun festgestellt, daß die Lowinska den zerbrochenen Schirm bereits am Mittwoch, den 21. d. M., zwecks der Reparatur zu einem Schirmsabrikanten gebracht hat, das Zusammenreffen mit Sell ist also bereits in der Nacht zum Mittwoch, nicht in der zum Sonnabend erfolgt. Allerdings ist es schwer erklärlich, wie ein solcher Irrthum, namentlich nach den wehrmäßigen Ermahnungen des untersuchenden Beamten, möglich ist. Die Nachforschungen nach dem erkrankten Manne werden um so eifriger wieder aufgenommen. Es kann übrigens, da sich die vermutheten Armbänder der Ermordeten in der Wohnung vorgefunden haben, die Annahme eines Raubmordes nicht mehr aufrecht erhalten werden; denn die noch fehlenden Schube können wohl „gelebbert“ sein. Jedenfalls steht die Bevölkerung der Enthüllung des Thatbestandes mit Spannung entgegen.

Die Freireisende Gemeinde zu Berlin veranstaltet am Montag, den 3. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, in dem großen Garten, sowie in den beiden Seiten der Brauerei „Friedrichshof“ ein Kinderfest und am Abend eine Jubiläumssfeier zur Erinnerung an die Entdeckung Amerikas vor 400 Jahren.

Das Komitee der Central-Kranken- und Begräbniskasse der Richter, Filiale Berlin E, beschloß in seiner Sitzung am 18. Februar nächsten Jahres im „Schultheiß“ (Eiseller), Chausseest. 88, einen Maskenball zu arrangiren.

Polizeibericht. Am 27. d. Mts., früh, wurde im Ausstellungsport Hafenstraße 60—79 in einem Kofet für Frauen die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Morgens versuchte ein Kaufmann auf dem alten Jerusalemer Kirchhofe vor dem Hallischen Thore, sich durch einen Schutz in die Brust zu tödten. Er wurde schwer verletzt, jedoch noch lebend nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Auf dem Hofe des Grundstücks Landberger Allee 31 schlug ein mit Pfeiflocher schwer beladener Wagen beim Umwenden um. Hierbei wurde der Kohlenhändler von der Last getroffen und erlitt eine Gehirnerschütterung, sowie bedeutende innere Verletzungen, sodas seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshof erforderlich wurde. — Vor dem Hause Endenerstr. 26a wurde ein 15jähriges Mädchen beim Uebersteigen des Fahrdammes von einem Geschäfts-wagen überfahren und am Fuße so bedeutend verletzt, daß es nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. — Am Elisabeth-Ufer hatte sich ein Mann auf das Brücken-geländer gefest und fiel von da in den Kanal, wurde jedoch von einem vorübergehenden Arbeiter noch lebend herausgehoben. — Im Hause Alte Säulichenstr. 89 gerieth ein Arbeiter mit seinem Schwiegervater in Streit, welcher in Thätlichkeiten ausartete und bei dem beide mit Messern aufeinander losgingen. Hierbei wurde letzterer durch einen Stich mit einem Brotmesser im Genick verletzt und erlitt erstere durch Stöße mit einem Taschenmesser bedeutende Verletzungen an der Hand. — Abends brannte ein Arbeitsbursche auf dem Marheinekerplatz unbefugt Feuerwerkskörper ab, wobei ihm die Finger der linken und zum Theil auch der rechten Hand abgerissen wurden. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Auf dem Fußwege hinter dem Schloß Bellevue, in der Nähe der Paulstraße, wurde Abends ein unbekannter, etwa 35 Jahre alter Mann mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe aufgefunden und nach lebend nach der Universitätsklinik gebracht. — Am 27. d. M. fanden acht kleine Feuer statt.

Gerichts-Beitung.

Frau Emma Thier aus Witten fand gestern wegen Verleumdung der Offiziere und Fährliche der preussischen Krone vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Im September v. J. war die Angeklagte in einer öffentlichen Versammlung als Rednerin aufgetreten. Bei dieser Gelegenheit soll sie die beleidigenden Äußerungen ausgesprochen haben. Nun machte der Verteidiger, Rechtsanwalt Morridis, im Termine geltend, daß Verjährung eingetreten sei, weil der Kriegsminister erst im April d. J. — also nach Ablauf von sechs Monaten — den Straf-Antrag gestellt habe. Als der Vorsitzende dem Verteidiger entgegen hielt, daß der Kriegsminister auf eine diesbezügliche Anfrage erklärt habe, daß ihm erst im April d. J. Kenntnis von der Verleumdung geworden sei, erwiderte der Verteidiger, daß er sich hierbei nicht beruhigen könne, sondern auf die Vernehmung des Kriegsministers bestehen müsse. Der Verteidiger wisse, daß die überwachenden Polizeibeamten ihren Vergehen schon am folgenden Tage Bericht zu erstatten hätten und seiner Ansicht nach könne der Inzanzweg bis zum Kriegsminister eine Zeitdauer von sechs Monaten nicht in Anspruch nehmen. Der Gerichtshof beschloß die Vernehmung des Kriegsministers und vertagte zu diesem Zwecke die Verhandlung.

Ein ebenso seltenes als schweres Verbrechen gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung. Ein verheiratheter Eisenbahn-Bediensteter, der Hilfs-Bahnwärtler Albert Hermann Weber war beschuldigt, den Versuch gemacht zu haben, einen Personenzug zum Untergang zu bringen. Man konnte glauben, es mit der That eines Wahnsinnigen zu thun zu haben, wenn nicht ein solches Verbrechen durch die Ver-

nehmung der ärztlichen Sachverständigen, Gehelmrath Dr. P e m l u n d und Medizinalrath Dr. P o n g, welche sofort nach Vernehmung des Angeklagten vernommen wurden, festgestellt worden wäre. Dieselben bekundeten, daß auch nicht der geringste Anhalt dafür vorliege, daß der Angeklagte sich nicht im Besitze seiner vollen Geisteskräfte befunden habe. Der Angeklagte ist seit etwa zwei Jahren bei der Stettiner Bahn angeheftet und im März dieses Jahres verurteilt worden. Im April dieses Jahres war eine Anzahl Arbeiter auf der Eisenbahnstrecke der Stettiner Bahn zwischen Hermsdorf und Berlin beschäftigt. Am den Hin- und Rücktransport der von den Arbeitern benötigten Gerätschaften zu expedieren, pflegten sie dieselben in der Nähe der Bude 4 lose am Fuße des Bahndammes einzugraben. Am Abend des 23. April d. J. entging der von Stettin kommende Personenzug an dieser Stelle einer großen Gefahr. Es hätte ein namenloses Unglück entstehen können. Der Zug, der um 9 Uhr 40 Minuten in Berlin eintreffen soll, hatte sieben Minuten Verspätung. Die Fahrgeschwindigkeit wurde deshalb noch nicht so ermäßigt, wie es sonst so kurz vor dem Anknüpfenpunkte der Fall zu sein pflegt. Als der Zug die Strecke zwischen Bude 4 und 5 passierte, gab es plötzlich ein Schwanken und Knochen, die Lokomotive hatte schwere Hindernisse zu überwinden, die über den Schienen lagen. Der Führer brachte den Zug zum Stehen und nun zeigte sich, daß ein riesiges Bubenstück beengungen worden war. Neben den Schienen lagen die Trümmer von allerlei Gerätschaften, ein dicker Eisenbaum war zerplittert, eine eiserne Brechzange verborgen worden, Hammerhaken, Schanzen und Haken lagen im bunten Durcheinander zwischen den Schienen, theils von der Maschine bei Seite geschoben, theils zertrümmert. Aber der Unhold hatte sich nicht damit begnügt, diese Gegenstände auf die Schienen zu legen, auch die Schienenverbindung hatte derselbe gelöst, indem er zwei Mutter-schrauben gelöst und die Bolzen und Nocken herausgezogen hatte. Es ist als ein großes Glück anzusehen, daß der Zug nicht entgleist ist.

Der Angeklagte hat vor der Polizei zugestanden, daß er die That allein begangen hat. Vor dem Untersuchungsrichter behauptete der Angeklagte dann, daß ein gewisser Jankowsky sein Mithäter sei. Jankowsky wurde verhaftet und vernommen, bei der Gegenüberstellung mit dem Angeklagten zog der Letztere seine Bezeichnung zurück. Jankowsky wies auch sein Alibi nach und wurde entlassen. Im Termine beschuldigte Gebert den Jankowsky wiederum der Mithäterschaft und behauptete ferner, daß er bestunken gewesen sei. Auf die wiederholten Fragen des Vorsitzenden, warum er die ungebührliche That begangen, entgegnete der Angeklagte wie bei den Vorvernehmungen stets: „Das sage ich nicht“. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Angeklagte am Abende des 23. April mehrere Bierhischen in der Grünhaldenstraße besucht hatte. Gegen 1/2 11 Uhr hatte er das dort belegene Bierhischische Lokal verlassen. Er hat dann einen sechs Fuß hohen Bretterzang über seinen Rücken gesteckt, der den Bahnkörper von der Straße trennt, hat die Gerätschaften der Arbeiter ausgegraben und dann das schwere Verbrechen begangen. Staatsanwalt Müller II hielt es für zweifellos, daß der Angeklagte sich im vollen Besitze seiner Geisteskräfte befunden habe, während Rechts-anwalt M o l l e r als Verteidiger dies in Zweifel zog. Die Geschworenen berieten nur wenige Minuten. Ihr Spruch lautete auf Schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Urtheil lautete dem Antrage gemäß.

Ein bedauerlicher Unglücksfall lag einer Anklage wegen fahrlässiger Tödtung zu Grunde, welche gestern das 17-jährige Dienstmädchen Clara Gronau vor die II. Strafkammer des Landgerichts I führte. Die Angeklagte war als Mädchen für Alles bei dem Wirtshausbesitzer Deber im Dienst und war am 22. März d. J. in der Küche damit beschäftigt, in einem Waschkessel eine Quantität Lauge zu beschweden aufzulösen. Der Kessel stand auf der Feuerherde und das Mädchen hatte eben neue Kohlen aufgeschüttet und den Kessel aus diesem Grunde etwas nach dem Rande der Maschine zugeschoben, als das kleine dreijährige Töchterchen der Gronauschen Eheleute in die Küche kam und in der unmittelbaren Nähe der Maschine ein Bedürfnis verrieth. Das Mädchen mochte sich wohl beim Erscheinen des Kindes etwas herumgedreht haben und es bemerkte nicht, daß der Kessel das Gleichgewicht verlor. Der siedende heiße Inhalt ging dem armen Kinde über den Körper und verbrühte denselben dermaßen, daß der Tod die unabwehrliche Folge war. Der Staatsanwalt hielt hier eine fahrlässige Tödtung des Kindes für vorliegend und beantragte 3 Jahre Gefängnis, der Gerichtshof sprach jedoch die Angeklagte frei, da er hier nur das Warten eines unglücklichen Zufalles annahm.

Ein Jhll aus dem Paradies des Herrn v. Stephan-Ezzelens. Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gestern gegen den Postgehilfen Richard W o t s c h e, welcher des Verbrechen im Amte in vielen Fällen beschuldigt war. Der Angeklagte wurde abwechselnd bei den Postämtern 75 und 85 beschäftigt. Er erhielt 250 M. Tageslohn. Er gerieth auf eine schiefe Ebene dadurch, daß er von einer Buchhandlung, von der er ein Konversationslexikon entnommen hatte, um Zahlung gedrängt wurde. Um diese Schuld zu decken, unterschlug er die erste Postanweisung und vermaandte den eingezahlten Betrag für sich. Am folgenden Tage mußte er wieder eine Unterzahlung begehen, um den Fehlbetrag vom vorigen Tage zu decken und so wurde fast ein Monat hindurch von ihm verfahren. Die Postanweisungen wurden immer einen Tag später gebucht, als sie beim Postamt eingezahlt worden waren und so beobachtete sich das Angeklagte den Spruch von der Schuld, die fortwährend Wösch gebären mußte. Die Post hat keinen Schaden erlitten, da der Fehlbetrag gedeckt worden ist. Der Angeklagte, dem die Geschworenen mitdrüber Umstände zubilligten, wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre sechs Monaten und zweijährigen Ehrverlust verurteilt. Und das Alles geschah bei 250 M. Tageslohn! Aber die Post muß ihre kolossalen Ueberschüsse abwerfen.

Greifeld, 27. September. Nachlänge zum Sächselner Pfingstausflug. Vor dem Döllener Schöffengericht fand vergangenes Dienstag eine interessante Verhandlung statt. Ein hiesiger Genosse war beschuldigt, bei der bekannten Säbelattacke auf den Sächselner Höhen, oder „bei Gelegenheit der Demokratenversammlung auf dem Berge“, wie das Protokoll des Gendarmen von Hälz lautete, diesem auf die Aufforderung den Platz zu verlassen, statt sich zu entfernen, angeblich antwortete: „Was wollt Ihr Lumpen“, worauf die Verhaftung erfolgte. Der Angeklagte bestritt entschieden den ihm zur Last gelegten Vorwurf, sein Verbrechen habe vielmehr nur darin bestanden, daß er, empört über die ständalösen Vorgänge, sich Aufzeichnungen machte, um solche der Presse zu übergeben. Dieses habe den Beamten nicht gepasst, sie hätten ihn aus diesem Grunde verhaftet und zwar habe der Hiesiger Gendarm kommandiert: „Verhaften Sie mir mal den Greifelder Demokraten da.“ Man habe ihn sodann mit 3 Mann Bedeckung nach Sächseln transportiert und dort den Tag über in ein Verließ eingesperrt. Unterwegs habe man ihn auf alle mögliche Weise misshandelt und am Abend ihn ohne Angabe eines Grundes entlassen, dagegen habe man die gemachten Notizen als Anklagematerial konfiszirt. Einige Tage darauf habe der Sächselner Bürgermeister ihm die Notizen zurückgegeben. Die nun folgenden drei Zeugen bekundeten übereinstimmend unter Eid, daß ein solcher Hergang, wie ihn die Anklage schildert, nicht stattgefunden habe. Es wurde ferner festgestellt, daß der Gendarm auf dem Hinwege in freundschaftlicher Weise sich mit dem Angeklagten unterhalten habe, ferner daß er wiederholt der ihm von verschiedenen Anklagern kredenzten Schnapsflasche zugesprochen hätte, und daß

se als Grund der Verhaftung weiter nichts als die Aufzeichnungen erkannt hätten. Nimmere trat der Gendarm vor und beklagte zu fast allgemeiner Ueberraschung heute, daß die Beleidigung einige Zeit vor der Verhaftung stattgefunden habe. Er habe sich erst mit dem Bürgermeister von Sächseln in Verbindung gesetzt, welcher ihn dann angewiesen habe, den Mann zu verhaften. Der Angeklagte entgegnete, daß ein solcher Hergang sich überhaupt nicht abgepielt haben könne, denn wenn er sich des Ausdrucks bedient habe, müsse er genötigt gewesen sein, daß ihn die Beamten in ihrer Aufregung niedergelassen und verhaften, zum mindesten sofort verhaftet hätten. Der Ankläger hielt nach der Aussage des Gendarmen den Angeklagten für vollständig überführt und beantragte, da die Beamten sich in Ausübung ihres Amtes befunden hätten, für den Ausbruch einen Monat Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Plätz, wies in klarer Weise die Schuldlosigkeit des Angeklagten nach. Die Beamten hätten ohne Zweifel ungebührlich gehandelt, dieselben hätten kein Recht gehabt, in die Privathäuser zu bringen und die Leute sogar aus dem Schweinstalle, wo hinein sie sich vor den Wassen gesichtet hätten, zu vertrieben. Er berufe sich auf das Zeugniß der „Niederrheinischen Volkszeitung“, welche doch gewiß nicht im Geruche stehe, den Sozialdemokraten freundlich gesinnt zu sein und welche das Verhalten der Polizei in absprechender Weise kritisiert habe. Er beantrage deshalb kostenlose Freisprechung, im anderen Falle Verurteilung, bebüß Vernehmung weiterer Zeugen. Der Angeklagte konstatirte zum Schluß nochmals, daß der Gendarm sich heute im Widerspruche mit dem Protokolle der Anklage befände; wenn das Gericht die heutige Aussage desselben in Betracht zöge, so müsse ihm ebenfalls gestattet sein, weitere Entlastungszeugen zu laden. Das Gericht zog sich hierauf zurück, und verhängte der Vorsitzende nach kurzer Beratung, daß die Schuld des Angeklagten nach dem Zeugniß des Gendarmen für klar erwiesen sei. Angesichts der bisherigen Unbefolgtheit des Angeklagten habe man von einer Gefängnisstrafe abgesehen und auf 100 Mark Geldstrafe, eventuell 10 Tage Haft, und Verurteilung in die Kosten erkannt. (Ebersfelder „Freie Presse“.)

Peine. Zum Gedeßwang! In einer am 26. August dieses Jahres hier abgehaltenen Schöffengericht-Verhandlung sollte der Gastwirt M. D a r n e n s t e i n s e n. als Zeuge eidlich vernommen werden. Er erklärte aber, daß er freireligiös sei und die konfessionelle Eidesformel nicht mit seinem freireligiösen Grundsatze vereinbaren könne. Dagegen erklärte er, die Verantwortung für sein gegebenes Wort ebenso zu tragen, wie für den zu leistenden Eid. Als der Zeuge dann darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er geschworen werden könne, den Eid zu leisten, erklärte er, er werde dadurch in die Zwangslage versetzt, seine der Wahrheit entsprechende Aussage durch eine Unwahrheit zu erhalten. Für diese Aeußerung wurde er von dem Schöffengericht wegen ungebührlichen Betragens vor Gericht zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Mit diesem Urtheil war aber der Zeuge nicht einverstanden; er legte Berufung ein, und zwar mit Erfolg. Das königliche Oberlandesgericht zu Celle konnte in der von dem Zeugen gemachten Aeußerung kein ungebührliches Betragen erblicken und hob daher das Urtheil des Schöffengerichtes auf. D a r n e n s t e i n wurde freigesprochen. (Dremer Bürgerztg.)

Soziale Ueberlicht.

Achtung, Knopfaberger allerorts!

Der Fabrikant H. K a s c h e, Berlin, Köpenickerstr. 35a, hat, wie schon bekannt, seinen sämtlichen Arbeitern die Entlassung gegeben, mit dem Bemerkten, es sei nichts zu thun. In Wirklichkeit handelt es sich aber nur darum, abermals die Preise, und zwar um 33 1/2 pCt., zu kürzen. Eine Einigung ist absolut nicht zu erzielen, trotzdem wir uns einen Abzug von circa 10 pCt. gefallen lassen wollten.

Da im Allgemeinen in unserer Branche nur halbe und Viertelstage gearbeitet wird, so sind unsere Kollegen nicht im Stande, uns nennenswerth zu unterstützen.

Deshalb appellieren wir an das Solidaritätsgefühl sämtlicher Gewerkschaften, und so viel wie in ihren Kräften steht zu unterstützen; wir werden das Erhalten seiner Zeit mit Dank zurückerkennen.

Geldsendungen sind zu richten an den Kassirer Ernst K i n z e l, Köpenickerstraße 181, 3 Tr.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand des Vereines zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfaberger. J. A. P. S c h n e i d e r.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Den Riffenmachern zur Nachricht, daß in der Riffenfabrik von Hermann Streubel Nachf. Siegfried M a u n d e i m, Berlin, Wasserhorststraße 9, sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit bis auf Einigen niederlegten. Der Streik wurde jedoch schon im Verlaufe einer Stunde durch Einwilligung der Gehilfenforderungen beigelegt, worauf die Gehilfen die Arbeit unter der Bedingung wieder aufnahmen, daß der Kollege, welcher den Streik gebrochen hatte, entlassen würde, was denn auch geschah.

Wegen Verweigerung der Sonntagsarbeit wurden am Morgen des 26. September sämtliche Tischler der Holzbearbeitungsfabrik V e n d i g u. S ö h n e in Berlin, Andrastraße 32, entlassen. Der Prinzipal wollte den armen Leuten seine „Macht“ zeigen. Leider waren im Ru so ziemlich alle Stellen der Entlassenen besetzt. § 105a der Gewerbeordnung schreibt vor: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten.“ Was für fragwürdigen Werth diese der Festsetzung einer Strafe ermangelnde Bestimmung in der Praxis hat, ergibt sich aus der vorstehend mitgetheilten „Machtäußerung“ jenes Fabrikanten. Ist der Arbeiter ohne Kündigungsfreistellung, so entläßt ihn der Unternehmer einfach, und damit geht er des Schutzes jener Gesetzesbestimmung in aller Form rechtens verlustig.

Die Arbeiter Liverpool und der umliegenden Grafschaften hielten, wie die Londoner „Allg. Corr.“ berichtet, 25 bis 30 000 Mann stark am letzten Sonnabend einen Umzug. Die gefassten Beschlüsse fordern die Parlamentsabgeordneten auf, dafür zu wirken, daß die Pflanzpflicht der Arbeitgeber veräußert, der Achtstundenstag für die Bergleute eingeführt, der Einwandern ausländischer unbemittelter Personen Einhalt getan und die Zahl der Fabrikinspektoren vermehrt würde. Das Nothwendigste sei, die 9 000 000 Nichtgewerbetreibenden in den Verband der Gewerksvereine aufzunehmen. Die letzteren zählen nämlich bisher immerhin nur 2 000 000 Mitglieder.

Aus Manchester meldet ein Telegramm des „D. N. D.“: Die Verhandlungen der Arbeitgeber und der Arbeiter der Baumwollindustrie sind ohne Ergebnis geblieben. Weitere Besprechungen sollten stattfinden, doch erscheint der Ausstand unabweidlich.

Veranstaltungen.

Im Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach am Dienstag Dr. Kägenau über den „Ursprung

des Götterglaubens“. Der interessante, wissenschaftliche, dabei sehr gemeinverständliche Vortrag fand allseitigen Beifall. Die Verkündigung des Wahlergebnisses wurde von den zahlreich erschienenen Genossen mit großem Beifall aufgenommen, wobei der Vorsitzende, Genosse Klein, darauf hinwies, daß die Anstrengungen der Gegner aller Richtungen nur dazu beigetragen haben, den Sieg zu einem vollständigen zu machen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie, in welchen Ruf die Anwesenden begeistert einstimmten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In einer großartigen Demonstration gestaltete sich die Versammlung, welche vom Sozialdemokratischen Wahlverein für den 4. Wahlkreis am 27. September, dem Tage der Stadtverordneten-Wahlen, abgehalten wurde. Die Tausende, welche dicht gedrängt — Viele konnten keine Stühle mehr finden — den großen Saal der „Königsbau“ füllten, nahmen die Verkündigung des Wahlergebnisses mit stürmischen Bravo's und langanhaltendem Beifallstusch auf. Ein donnerndes dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie schloß diesen ersten Theil der Verhandlungen. Nun ergriff Zubeil das Wort. Er verwies auf die pöbelhaften Angriffe, welche das Blatt der „Unabhängigen“, der „Sozialist“ seit seinem Bestehen gegen die Sozialdemokratie richtete, und auf die bekannten Vorgänge, die während der letzten Kommunalwähler-Versammlungen zu verzeichnen waren. Diese Thätigkeit der „Unabhängigen“ hierbei habe bewiesen, daß die Genossen recht handelten, als sie Leute wie Werner aus der Partei ausschloffen. Jetzt hätten diese ihr wahres Antlitz gezeigt. Zumeistens Dank müsse man ihnen dafür sagen, daß sie noch am Tage vor der Wahl hauptsächlich den 15. Bezirk mit Flugblättern gegen die Betheiligung belegten und dadurch die sämtlichen Sozialdemokraten zur Wahl armmunterten. Die Bedeutungslosigkeit jener Herren werde sich bei der nächsten Reichstags-Wahl, auf die ein Werner so ostentativ verwiesen habe, ebenso zeigen, wie sie jetzt sich gezeigt habe. Genosse M e h n e r, mit stürmischen Beifall empfangen, erklärte, die Genossen, welche außer dem Ziel die Mittel und Wege zur Erreichung desselben erkannt, hätten am Wahltage die Antwort gegeben auf die schamlosen Nominationen der „Unabhängigen“. Diese Nowidies handelten nicht im Interesse irgend welcher Prinzipien, sondern im Interesse der Gegner. Er, M e h n e r, danke den Genossen für das Vertrauen, das sie ihm trotz aller Angriffe durch seine Wahl bewiesen hätten. Dann wandte sich M e h n e r gegen einige dieser Angriffe und entlastete dieselben. So habe er sich für den vorigen Sonntag schon lange dem Potsdamer Genossen zur Verfügung gestellt gehabt, um in einem kleineren Orte die Ideen des Sozialismus zu verbreiten. Lediglich aus diesem Grunde sei er nicht in die Versammlung gekommen, welche in Berlin stattfand, und nun habe man ihn von Seiten der „Unabhängigen“ „Feigheit“ vorgeworfen! Die Feigheit sieht ganz wo anders. Die, aus deren Reihen der Vorwurf gekommen, hielten sich in den Dienst der Gegner durch ihr Thun, ganz gleich, ob bewußt oder unbewußt, ob bezahlt oder nicht, und dadurch hätten sie sich selbst gerichtet. Die Sozialdemokratie aber kämpfe weiter für ihr Ziel, für die Befreiung der arbeitenden Klasse. Thue ein Jeder seine Schuldigkeit und sie werde liegen! (Stürmischer Applaus.) B e r n a u führt aus, der heutige Sieg sei nichts als ein Protest gegen die Ausbeutung, gegen die Knechtschaft. Wenn ein Theil der Arbeiter dies nicht anerkenne und sich als Heerdann einer kleinen Zahl von Leuten erbeuge, welche die Partei, die große, fortrumpfen wollten, so passe auf diese Arbeiter das Wort: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich Euch in dieser Gesellschaft sah.“ Es sei zu bedauern, daß sich ein, wenn auch nur kleiner Theil von Genossen in die Gesellschaft der „Unabhängigen“ begab. Er, wie die anderen in das Stadtverordnetenkollegium gewählten beiden Genossen würden die ihnen auferlegten Pflichten erfüllen und bestrebt sein, im Sinne des Sozialismus und der sozialdemokratischen Forderungen zu wirken. (Lebhafte Zustimmung.) B. B r u n s stellte darauf den Genossen, welche ihn gewählt und für die Wahl thätig gewesen sind, ebenfalls seinen Dank ab. Dieser Dank sei nicht persönlich zu nehmen, denn dadurch, daß man den sozialdemokratischen Kandidaten zu Siege verhalf, habe man nur der Sozialdemokratie zum Siege verholfen. (Lebhafte Beifall.) Der Vorsitzende B e h r e n d erklärte dann die traurige Pflicht, den Tod der Genossen G i e s e l e r und Franz P ä t t e bekannt zu geben. Die Versammlung ehrte das Gedächtniß der beiden dahingegangenen Kämpfer in der üblichen Weise. Von dem angekündigten Vortrage L i e b s wurde Abstand genommen, ebenso von der Wahl dreier Resorren. Genosse S t a b e r n a c h sprach dann noch zu den Vorgängen während der Kommunalwähler-Versammlungen und über das sonstige Verhalten der „Unabhängigen“ während der Wahlbewegung. Unter Anderem konstatirte er, daß in dem einen Wahlbezirk zwei „Unabhängige“ dem Freisinnigen ihre Stimme gaben. Die unabhängige Bewegung“ habe mit dem Siege der Sozialdemokratie ihren Todesstoß erhalten. Man bedene bloß, daß die Leute 2 1/2 Stunden auf der Straße warteten, um die aus der Versammlung kommenden Genossen zu überfallen. Nachdem der Vorsitzende noch zu zahlreichem Anschluß an den Verein aufgefordert hatte, ging die imposante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den 6. Berliner Wahlkreis sprach am 27. d. M. Genosse Dr. J a d e l über die Cholera unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse; seine sachmännischen Darlegungen fanden die lebhafteste Anerkennung der Versammelten. Der Referent hat noch, man würde die von ihm inaugurierte „freiwillige Sanitätskolonne“ nach Kräften sowohl durch persönliche Hilfe, als auch durch zuverlässiges Material thätigst unterstützen, und versprach sich von dieser Thätigkeit die besten Erfolge. Die dem Vortrage folgende Diskussion ergab völlige Uebereinstimmung der Redner mit dem Referenten. Allgemein wurde anerkannt, daß nur durch Befreiung der privatkapitalistischen Produktionsweise endgültige Befreiung für das Proletariat geschaffen werden könne. Dr. J a d e l forderte schließlich noch auf, die demnächst in Aussicht auf die Cholera Gefahr in neuer, verbesserter Auflage erscheinende Broschüre: „Schutz gegen Krankheitsgefahr“ zum Preise von 10 Pf. zu kaufen. Der bisherige Absatz der Broschüre hat die Höhe von 20 000 Stück erreicht; der Reinertrag diente bisher den Zwecken des Asyl-Vereines für Obdachlose. Der Reinertrag der neuen Auflage soll dagegen der freiwilligen Sanitätskolonne die erforderlichen Geldmittel liefern. Das hierauf bekannt gegebene Resultat der Kommunal-Wahlveranlaßte einen Beifallssturm und ein stürmisches Hoch auf die Sozialdemokratie. Damit schloß die Versammlung.

Wahlverein „Vorwärts“. Sitzung am Donnerstag, bei Bodenburg, Romanenbenderstr. 10 u. 11, Abends 8 Uhr.
Referent: B i e k u t t e r h i n d 54b-58. Donnerstag, den 29. September er., Abends 8 Uhr, bei Lützowstr., Südpreuß. 52: Vortrag des Genossen Treder über „Bedeutende Männer im Judentum“.
Wahlverein für westholländische Kreise, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Vortrag des Genossen J a d e l e r: „Verein Berlin und Umgebung, der Bundes-Verein für den 4. Wahlkreis, das Verhältniß zu den Reichstagswahlen, Romanenbenderstr. 10, 11, Abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen J a d e l e r über die Bedeutung der Reichstagswahlen für den 4. Wahlkreis.“
Wahlverein für den 1. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 2. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 3. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 4. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 5. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 6. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 7. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 8. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 9. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.
Wahlverein für den 10. Wahlkreis, Donnerstag, den 29. September, Abends 8 Uhr, Sitzung in der Sächseln, Friedrichsbergstr. 19.

Parteinachrichten.

Eine nicht unwichtige Entscheidung hat die Kreisgerichtsmannschaft Dresden gefällt. Sie entschied auf eine Beschwerde des Allgemeinen Arbeitervereins für den Planischen Grund, daß für die Versammlungen politischer Vereine die Aufstellung einer Tagesordnung gesetzlich nicht erforderlich ist. Das ist zwar nichts Neues, aber in Sachsen war es bei der Polizei zum Brauch geworden, in den Versammlungen die Redner auf die Innehaltung der Tagesordnung zu verweisen und ihnen, wenn sie nicht gehorchten, das Wort zu entziehen oder wohl gar die Versammlung aufzulösen. Dem oben genannten Arbeiterverein war das ebenfalls widerfahren, er beschwerte sich erfolglos bei der Amtshauptmannschaft, beruhigte sich bei deren Entscheidung nicht und führte seine Sache, wie erwähnt, siegreich bei der Kreisgerichtsmannschaft durch. Diefelbe entschied noch, daß es Sache der politischen Vereine selbst ist, darüber zu befinden, was in ihren Versammlungen verhandelt werden soll. Nur sind die Grenzen des Statuts und des § 8 des Vereins- und Versammlungsgesetzes innezuhalten, welche letzterer besagt: „Die Ordner oder Leiter einer Versammlung und, solange diese noch nicht gewählt sind, die Veranlässiger derselben dürfen nicht gestatten, daß Anträge oder Vorschläge erörtert oder Neuproduktionen gethan werden, welche den Strafgesetzen widersprechen oder eine Aufforderung oder eine Anreizung zu Gefährdungen oder unethischen Handlungen enthalten. Kommen dergleichen Dinge vor, so haben sie dem Urheber sofort und ohne einen Antrag von Seiten der polizeilichen Beauftragten abzuwarten, das Wort zu entziehen, auch, wenn ihnen nicht Folge geleistet wird, die Versammlung aufzuheben. Unterlassen sie dies zu thun, so sind sie für alles Vergefallene ebenso verantwortlich, als wenn der Antrag, der Vorschlag oder die Neuproduktion von ihnen selbst ausgegangen wäre.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Aus Düren wird uns geschrieben: Ende September vorigen Jahres gründeten wir Dürener Genossen einen Rauchklub, in welchem wir jeden Montag Zusammenkunft hatten und qualmten. Wir hatten aber unsere Rechnung ohne die Polizei gemacht. Als wir außer halb des Rauchklubs einen Delegierten für den Parteitag nach Coblenz gewählt hatten, wurde uns zur Last gelegt, daß wir den Delegierten im Rauchklub gewählt hätten und dieser deshalb als politisch angesehen würde. Nun lud man uns wegen Nichtanmeldung des Rauchklubs vor Gericht, wo unser Vorsitzender und Kassierer zu je 20 M. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt wurden. Es ist uns unersichtlich, daß wir verurtheilt werden konnten, trotzdem von sämtlichen Zeugen, mit Ausnahme eines nicht anwesenden, klar und deutlich erklärt wurde, daß wir während der Tagung des Rauchklubs keine politischen Sachen erörterten. Weiter! Am 18. Juni d. J. unternahmen wir eine Agitationstour über Krauthausen und Niederau und traten von da auf Bendersdorf zu dem Heimweg an. In Bendersdorf angekommen, sahen wir einen Trupp Militärpflichtiger mit Fähnchen versehen durchs Dorf ziehen. Wir zogen mit ihnen in eine Wirtschaft, bestellten uns dort Bier und bezahlten dasselbe sofort. Das Bier war aber so schlecht, daß es niemand trinken konnte. Daraufhin schlugen zwei der Militärpflichtigen auf den Tisch und verlangten anderes Bier, worauf die Wirthin herbeikam, sämtliche Gläser mit dem Bier wegnahm und zum Ortsvorsteher lief. Der Ortsvorsteher kam sofort und forderte sämtliche Gäste auf, das Lokal zu verlassen, was auch seitens einiger Genossen unverweilt geschah. Die Anderen waren noch in der Wirtschaft, als der Ortsvorsteher zum zweiten Male kam und die erwähnte Aufforderung wiederholte, worauf Alle die Wirtschaft verließen. Raum waren die Genossen einige hundert Schritte von dem Lokal entfernt, so sahen sie sich von einer Anzahl Arbeiter verfolgt, welche mit Schläppen, Haden und Mistgabeln bewaffnet waren. Die Arbeiter mißhandelten in ihrem fanatischen Wahne einige von uns derart, daß diese von anderen Bauern in Schutz genommen werden mußten. Und was folgte darauf? Am 8. d. M. wurden sechs unserer Genossen wegen Hausfriedensbruchs zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt. Von drei derselben war in der Verhandlung durch die Belastungszeugen erwiesen worden, daß sie an der Sache nicht theilhaftig waren. Trotzdem wurden sie verurtheilt. Der Richter hielt und wörtlich vor, daß, als der Standal den Höhepunkt erreicht hatte, die drei die Klägten hätten sein wollen. Gegen das Urtheil ist sofort Berufung eingelegt. Die gegnerische Presse bringt natürlich über die Sache die entstellendsten Berichte, um unserer aufkeimenden Bewegung zu schaden. Der Liebe Müß ist aber umsonst.

Gerichts-Beitrag.

„Prinzessin Corline Jackson de Wsewolowitsch.“ Unter diesem hochklingenden Namen stellte ein Herr, der sich selbst als der griechische Sprachlehrer Santarelli zu erkennen gab, am 5. Juli d. J. dem Direktor Sterneder zu Weihenstephan eine junge Dame vor, welche russische Konzertsängerin sein sollte und sich um ein Engagement im Sterneder'schen Etablissement bewarb. Herr Sterneder erklärte zwar, daß sein Personal vollständig besetzt sei, eine Prinzessin als Konzertsängerin könnte aber immerhin eine „Zugkraft“ auf das Publikum ausüben, und deshalb wolle er das Gesuch nicht ohne Weiteres von der Hand weisen. Es begannen nun die Verhandlungen zwischen Sterneder und dem Begleiter der Dame, wobei die Letztere, welche der deutschen Sprache nicht mächtig war, sich flüchtig und verhielt. Der angebliche Santarelli verlangte zunächst für die Prinzessin eine Monatsgage von 1000 M., ermäßigte dann seine Ansprüche aber auf 400 M., womit Sterneder sich einverstanden erklärte. Die Unterzeichnung des Kontraktes mußte die Sängerin selbst vollziehen, sie that dies mit dem Eingangs erwähnten Namen. Ihre Leistungen waren nur mittelmäßig. Nachdem sie etwa zehn Mal aufgetreten war, erschien der angebliche Santarelli wiederum bei Sterneder, erklärte, daß er nicht griechischer Sprachlehrer, sondern der kaufmännische Agent Simon Grünspan sei, der sich mit seiner früheren Schuldverschreibung entzweit habe und deshalb verathen wolle, daß dieselbe gar keine russische Prinzessin, oder überhaupt eine Prinzessin sei. Sterneder verbot der Sängerin unter diesen Umständen das fernere Auftreten. Nach einigen Tagen wurde seitens eines Mitgliedes der russischen Botschaft gegen die Sängerin Anzeige erstattet und diese verhaftet. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem Kaufmann Grünspan, nachdem dessen Thätigkeit bei der Angelegenheit bekannt wurde. Da die Jackson bei einer Schneiderin eine Robe bestellt und eine schriftliche Zahlungszusicherung ebenfalls mit dem hochklingenden Titel unterzeichnet hat, so wurden ihr zwei schwere Urkundenfälschungen in betrügerischer Weise zur Last gelegt, während Grünspan beschuldigt war, sie im Falle Sterneder angeheiratet zu haben. Die Vernehmung der Angeklagten Jackson erfolgte mit Hilfe eines russischen Dolmetschers. Sie gab an, daß

sie auf einem Gute bei Moskau geboren und 26 Jahre alt sei. Mit 15 Jahren habe sie einen Amerikaner Namens Jackson geheiratet. Ihre beiden Söhne seien nach dem Tode ihres Mannes im Gymnasium zu Moskau untergebracht worden. Mit ihrer Familie zerfallen, habe sie sich als Sängerin ernähren müssen und sei über Italien, Mentone, Baden-Baden u. s. w. nach Berlin gekommen, wo sie im Central-Hotel abgesehen sei. Sie behauptete, daß ihr Vater der Titularrath v. Wsewolowitsch sei, ein fürstliches Wappen führe und von ebenso altem Adel sei, wie der ihm weitläufig verwandte Jar, da sich der Ursprung seiner Familie bis auf Nikit zurückführen lasse. Allerdings habe sie zu Hause den Titel „Prinzessin“ nicht geführt, aber etwas Strafbares nicht zu begehen geglaubt, wenn sie es als Konzert-Sängerin that. Der Klagegegner Grünspan habe sie überredet und dazu gedrängt, sich Sterneder gegenüber als Prinzessin auszugeben, er habe sie nach jeder Richtung hin ausgebeutet, ihn treffe die meiste Schuld. Der Angeklagte Grünspan behauptete dagegen, daß er die Jackson für eine wirkliche Prinzessin halten mußte. Er habe ihre Bekanntschaft auf der Straße unter den Linden gemacht, als sie sich rathlos bei einigen Vorübergehenden nach dem Wege erkundigte. Sie habe sofort gesagt, daß sie eine Fürstin und Verwandte des Kaisers von Rußland sei, die sich aber vom „Hofe“ zurückgezogen habe. Er habe sich für die Mittellose bei der russischen Botschaft verwendet und ein Attache habe sie auch im Central-Hotel besucht, woraus er entnehmen mußte, daß ihre Angaben auf Wahrheit beruhten. Nach umfangreicher Beweisaufnahme gelangte der Staatsanwalt zu der Ansicht, daß beide Angeklagte Schwindler seien, er beantragte eine Gefängnisstrafe von je einem Jahre. Die Vertheidiger plaidirten aus rechtlichen und sachlichen Gründen auf Freisprechung.

Das Urtheil lautete gegen beide Angeklagte nicht auf Urkundenfälschung, bezw. Anstiftung dazu, sondern gegen die Jackson auf Betrug in einem Falle und unbefugte Führung des Adels-Prädikats, gegen Grünspan auf Betrug in einem Falle. Die Erstere wurde zu 3 Wochen Gefängnis und fünf Tagen Haft verurtheilt und die ganze Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verflüchtigt erachtet, Grünspan wurde zu drei Monaten Gefängnis, unter Abrechnung von einem Monate verurtheilt.

Vor dem Reichs-Versicherungsamt wurde am 22. September die Frage verhandelt, ob eine zu Unrecht gezahlte Altersrente von dem Empfänger resp. dessen Erben zurückgefordert werden könne. Eine Spulerin hatte vom Schiedsgericht eine Rente zugewilligt erhalten. Die Versicherungsanstalt Brandenburg und der Staatskommissar von Spel legten dagegen Revision ein, weil die Spulerin als Hausgewerbetreibende keine Rente zu beantragen hätte, von Spel lies aber seine Revision fallen, da die Frau gestorben war. Die Anstalt behüte nun das Verfahren auf die Erben aus, um von diesen die Rente zurück zu erlangen. Mit aller Energie wandte sich nun von Spel gegen die Anstalt und beantragte in langer Rede, die er als Denkschrift dem Reichs-Versicherungsamt übergab, dieses Verfahren zurückzuweisen. Das Landrecht kennt, so sagte er, wie das gemeine und französische Recht Vermögensansprüche, die nur der Person anhaften; auch die Alters- und Invalidenrente hat einen höchst persönlichen Charakter. Die Rente fällt allein für eine Person als knappste Lebensunterhaltung, nicht als Vermögensvermehrung dienen. Pensionen sollen dagegen einer ganzen Familie den Unterhalt bieten. Die Spulerin hatte 1 Jahr die Rente bezogen, nach ihrem Tode fordert die Anstalt von den „Erben“, die Nichterben, die Rente zurück. Die Rückforderbarkeit ist aber mit dem Urtheile der Revisionsinstanz nicht erreicht, sie muß noch durch Zivilklage erstritten werden. In dieser Weise die Arbeiterwelt zu belästigen, kann aber unmöglich die Absicht eines sozialpolitischen Fürsorgegesetzes gewesen sein, welche den Arbeiter mit der staatlichen Ordnung versehen will. Nicht man einem in seiner Erwerbsfähigkeit geschwächten Arbeiter monatelang, ja vielleicht ein ganzes Jahr den täglichen Unterhalt, um dann auf einmal den ganzen Betrag zurückzufordern, so ist dies das denkbar härteste Verfahren, um einen Menschen wirtschaftlich zu vernichten. Ein sozialpolitisches Fürsorgegesetz verlangt sicher nicht unter solchen Voraussetzungen das gegebene Brot von dem Empfänger oder gar dessen Erben zurück. Von dem Verhältnisse zwischen dem Versicherten und der Anstalt sind alle privatrechtlichen Gesichtspunkte fern zu halten. Man gefährdet sonst den Charakter der öffentlichen Fürsorge und verdrängt den sozialpolitischen Zweck, welcher dahin zielt, durch staatliche Sorge für die Bedürftigen das Interesse der arbeitenden Klassen an der staatlichen Ordnung neu zu beleben und zu befestigen. Die Anstalt hat auch nicht den Nachweis erbracht, daß die von ihr in den Prozeß gezogenen Personen diejenigen sind, die eine Bereicherung erfahren haben; es fehlt die passive Prozeßlegitimation. — Diese Rede des Herrn v. Spel machte auf die Spruchkammer einen tiefen Eindruck. Der Senat beschloß diese Angelegenheit wegen ihrer außerordentlichen und grundsätzlichen Bedeutung an die erweiterte Spruchkammer zu überweisen. Die Entscheidung werden wir seinerzeit den Lesern mittheilen.

Soran, 22. September. Heute fand vor dem hiesigen Schiedsgericht der große politische Montreprozeß gegen die Mitglieder der hiesigen Mailkommission statt. Die Anklage wurde damit begründet, daß verschiedene öffentliche Versammlungen zwecks Arrangierung der Kaiserfeier einberufen worden seien, um eine gemeinsame Feier der Vereine zu ermöglichen. Die in diesen Versammlungen gewählte Kommission habe daher die Pflicht gehabt, ihre Versammlungen anzumelden, da deren Verhandlungen sich auf öffentliche Angelegenheiten erstreckt hätten. Dieser auf so schwachen Füßen stehenden Anklage gegenüber, war es dem Vertretiger, Herrn Rechtsanwalt Neumann, ein Leichtes, darauf hinzuweisen, daß zwischen Erörterungen öffentlicher Angelegenheiten und vorbereitenden Handlungen zu öffentlichen Angelegenheiten, sowie zwischen politischen und gewerkschaftlichen Vereinen ein gewaltiger Unterschied ist. Der Amtsanwalt beantragte 40 M. eventuell 8 Tage Haft, selbstverständlich erfolgte Freisprechung. Möge unsere Behörde aus dieser Verhandlung die Lehre ziehen, daß bis jetzt unsere Gesetze noch nicht so weit ausgedehnt werden können, daß wenn ein paar Personen sich darüber verständigen wollen, wie sie diese oder jene Feier arrangiren, z. B. wie die in Frage stehende Kommission, ob und wie viel Kränze sie winden wollen, ob solche Fähnchen angebracht, ob getanzelt, ob gesungen werden soll u. s. w., derartige Besprechungen einer polizeilichen Anmeldung unterliegen. Wenn derartige Besprechungen auch noch gemeldet werden sollen, dann müßten schließlich noch extra in jedem Ort ein paar Duzend Beamte angestellt werden, welche Register über diese Besprechungen führen. Die Konsequenz wäre, daß schließlich die Mädchen ihre Besprechungen über die Toilette bei derartigen Festen auch noch anmelden müßten, denn es könnten unter Umständen staatsgefährliche Farben vorgeschlagen werden, wie ja unser Kommissar schon Anstoß an zwei kleinen rothen Fähnchen nahm, welche bei der Kaiserfeier neben dem Bildnis Casselles angebracht waren. Ob nun mit dieser Verhandlung die Kaiserfeier ihre Ruhe finden wird, muß abgewartet werden. Veranlassung zur Klage-

Erhebung hatte sie ja auch noch nach der Seite hin gegeben, daß der Wirth sich in zwei Verhandlungen gegen den Vorwurf vertheidigen mußte, daß er Kinder an einem öffentlichen Tische habe theilnehmen lassen. Da er sein Lokal an dem fraglichen Tage vermietet, so wurde er freigesprochen. (Märkische Volksstimme.)

Leipzig, 27. September. Das Reichsgericht hat die Revision des Angeklagten Heinze und dessen Frau, welche von dem Berliner Schwurgerichte wegen Raubmordes, Ersterer zu fünfzehn-jährigem, Letztere zu zehnjährigem Zuchthaus verurtheilt waren, verworfen.

Soziale Uebersicht.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: „In der Sitzung vom 9. September fällt das hiesige Gewerbegericht ein Urtheil, das nach der Ueberzeugung der Minderheit, der Arbeitnehmer-Beisitzer, mit den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung nach zweifacher Hinsicht nicht übereinstimmt. Da nun die Frage von einiger prinzipieller Bedeutung ist, und wir, die Minderheit der Beisitzer, mit unserer Meinung im Rechte zu sein glauben, so wäre es uns erwünscht, wenn einer unserer Genossen, der im Reichstage dieses sogenannte Arbeiterschutz-Gesetz mitberathen half, sich hierüber äußerte. Zunächst die eine Seite der Frage, die darin gipfelt: Was ist eine rechtswidrige Auflösung des Arbeitsverhältnisses auf Grund deren ein Arbeitgeber (Fabrikant, der über 20 Personen beschäftigt) berechtigt wäre, einem Arbeiter einen Betrag, der einem vollen durchschnittlichen Wochenlohn gleichkommt, einzubehalten? Bekanntlich kann ein Arbeitgeber, der weniger als 20 Arbeiter beschäftigt, also ein Handwerksmeister, in diesem Falle nur einen Betrag in Höhe des örtlichen Wochenlohnes zurückbehalten. Der schon erwähnte Fall, der dem Gewerbegericht hier zur Entscheidung vorlag, hat folgenden Sachverhalt:

Bei der Aktien-Ziegelei Braunschweig war im Frühjahr der Arbeiter Piersch schließlich als Arbeiter angenommen worden. Vor kurzem sollte derselbe nun in der Thongrube, an Stelle eines erkrankten Arbeiters vorläufig dessen Arbeit verrichten. Derselbe war, als ihm der Aufseher dieses anbefahl, mit dem Ziegelformen beschäftigt, welche Arbeit er in Ufford verrichtete. Er befürchtete, gleichfalls zu erkranken, da an dieser Stelle der Grube Wasser stand und die Arbeit ohne im Wasser zu stehen nicht verrichtet werden konnte, seine Stiefel aber auch im schlechten Zustande waren, wandte sich an den Aufseher, um von dieser Arbeit befreit zu werden. Derselbe hat den Arbeiter jedoch, ohne daß er ihn lange angehört hätte, wegen Arbeitsverweigerung sofort entlassen, da nach der Arbeitsordnung der Ziegelei jede Arbeitsverweigerung mit sofortiger Entlassung geahndet werden kann. Mit dieser Entlassung war nun aber auch der rückständige Lohn des Entlassenen nach derselben Arbeitsordnung im Betrage des durchschnittlichen Wochenlohnes, der 20 M. betrug, der Ziegelei verfallen. Da U. dem Kontinentinhaber noch 7 M. schuldete und sein rückständiger Lohn noch 20 M. betrug, verweigerte die Ziegelei ihm die überschüssigen 8 M. auszuschütten. Er wandte sich deshalb an das Gewerbegericht und beantragte die Einbehaltenen 28 M. Das Gewerbegericht wies U. mit seiner Klage ab mit der Begründung, daß eine Arbeitsverweigerung einer rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses gleichkomme. Dies ist der Kernpunkt der Frage, um welche es sich handelt, und wo wir, die Minderheit, der Meinung sind, daß der betreffende Passus in der Arbeits-Ordnung ungeschicklich ist, auf Grund deren das Gewerbegericht den Kläger abweist. Nach § 123, Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung können Gesellen und Gehilfen, wenn sie die Arbeit beharrlich verweigern, sofort entlassen werden. Da nun nach § 134 der Gewerbe-Ordnung auf Fabrikarbeiter die §§ 121 bis 123 gleichfalls Anwendung finden, konnte der betreffende Arbeiter nur entlassen werden, nicht konnte ihm aber ein voller durchschnittlicher Wochenlohn von der Ziegelei einbehalten werden. Nach § 134 Absatz 2 können Unternehmer von Fabriken nur bei einer rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses einen durchschnittlichen Wochenlohn als Schaden fordern. Hätte der Gesetzgeber eine beharrliche Arbeitsverweigerung einer rechtswidrigen Auflösung gleich erachtet, so hätte dieses in der Gewerbe-Ordnung ausgesprochen werden müssen; aber dann wäre der Absatz 3 des § 123 überflüssig gewesen. Nun antworten uns unsere Kollegen, daß nach § 134b, Absatz 3, der Gewerbe-Ordnung in der Arbeitsordnung auch noch andere Bestimmungen als die gesetzlichen über die Entlassung und den Abzug des von dem Arbeiter direkt aus ihm Kosten gelieferten Mittagessens für eine Woche, verpflichtet anzuzahlen, was der Kontinentinhaber von demselben zu bekommen hatte, war nicht Sache der Ziegelei, mindestens hätte ihm aber das Gewerbegericht diese Summe zusprechen müssen, dann aber auch die übrigen 20 M., da deren Einbehalten nicht gesetzlich war. Nicht das Gewerbegericht wäre es in einem solchen Falle, die Behörde auf eine solche Arbeitsordnung, welche ungeschickliche Bestimmungen enthält, aufmerksam zu machen und eventuell die Verfassung des betr. Unternehmers zu veranlassen. N. Tigges.“

Kapitalistische Kritik der neuen Gewerbe-Ordnung. Zu einer der schönsten „moralisirenden“ Vorschriften der neuen Gewerbe-Ordnung gehört diejenige, daß nach § 110a zur Bekämpfung der „Verwilderung“ jugendlicher Arbeiter durch Ortsstatut die Lohnzahlung an die Eltern der jugendlichen Arbeiter vorgeschrieben werden kann. Das Pharisäertum und die Juridikalität der Anschauungen, die sich in dieser „Vorschrift“ äußern, sind f. Z. im Reichstag von unseren Abgeordneten scharf gegeißelt worden. Die Praxis zeigt jetzt die Berechtigung dieser Kritik. Zu einer im Kreistag zu Saarlouis gegebenen Anregung, darauf hinzuwirken, daß durch Gesetz festgelegt werde, der Lohn von Minderjährigen solle nur an die Eltern gezahlt werden, bemerkt die „Saar- und Blies-Ztg.“, also sehr v. Stumm, der § 110a des „sogenannten“ Arbeiterschutz-Gesetzes habe bereits alles erfüllt, was in dieser Beziehung verlangt werden könne. Nach diesem Paragraphen könne durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunal-Verbandes für alle Gewerbetreibenden oder für gewisse Arten derselben festgesetzt werden, daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach der Befehigung über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird. Ein gesetzliches Verbot der Lohnauszahlung an die Minderjährigen habe der Reichstag nicht gewollt. Dies würde dort, wo die Arbeiter theils aus entlegenen Orten zur Arbeit kommen, unmöglich sein. Wg

ein Bedürfnis zur besseren Kontrolle der Minderjährigen vorliegt, gemäß der § 119a vollständig. Es stehe ja auch jedem Arbeitgeber frei, die Lohnauszahlung Minderjähriger mit den Eltern oder Vormündern zu vereinbaren. Eine Vereinbarung von Fall zu Fall sei vorzuziehen, weil es auch Eltern gebe, die z. B. einem 20-jährigen Sohne einen so kleinen Teil seines Verdienstes zukommen lassen, daß derselbe kein Interesse mehr an einer erhöhten Arbeitsleistung habe. In diesem Falle sei auf die Wirkung des persönlichen Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber mehr Gewicht zu legen, als auf das Heranziehen des Strafrichters. Ein Vorgehen in dem oben angegebenen Sinne sei eher als schädlich zu bezeichnen. Freiherr von Stumm vertritt hier als Kapitalist ganz richtig die fortgeschrittene Technik der großindustriellen Produktion. Diese kann sich auch bei der Lohnzahlung nicht mit moralisierenden Maximen aufhalten und außerdem wird in der Kesperung über die Eltern jugendlicher Arbeiter das ganze Glend anderer Arbeiter aufgeplaudert, das sie zu solchen Schritten treibt, wie die Einbehaltung des Lohnes ihrer Kinder. — Wir sind mit der Stumm'schen Kritik zufrieden!

Gegenwartsbild aus der bürgerlichen Gesellschaft. Die Burgstädter „Volkstimme“ schreibt aus Mohsdorf: „Während stand in unserer Redaktion vor kurzem eine Frau, welche erst vor gar nicht langer Zeit dem Hochbett entlassen ist. Sie klagte bitter, daß ein Gerichtsvolksschreiber die Gelder sich angeeignet habe, welche Verwandte und Bekannte dem neugeborenen Kinde als Patengeschenk vermachten.“

Versammlungen.

Der Verband der Geschäftsdienner, Paster und Berufs-genossen hielt am 21. September eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Mitteilungen über die Konferenz der im Handelsgewerbe Angestellten Deutschlands und Oesterreichs. 2. Beschlußfassung über obligatorische Einführung der von der Konferenz beschlossenen neuen Zeitung für alle im Handelsgewerbe Angestellten. Referent G. Kapler, Korreferent O. Grauer.

Zunächst wurde mitgeteilt, daß am 4. Oktober die ordentliche Generalversammlung stattfindet, ferner daß drei Kollegen krank sind und Kollege Nürnberg sein Amt als Vorstandsmitglied niedergelegt hat, da er nach außerhalb verzieht. Hierauf erstattete Kollege O. Grauer Bericht als Delegierter der neulich stattgehabten Konferenz und verlas die Beschlüsse, welche auf derselben gefaßt wurden, und die den Lesern des „Vorwärts“ bereits bekannt sind. Zum zweiten Punkt führte Kollege Kapler er aus, daß die Angelegenheit auf der Konferenz eingehend erörtert sei und ihm nicht viel zu sagen übrig bleibe; er wies auf die öffentliche Handwerker-Versammlung hin, welche eine Resolution faßte, wonach die Delegierten für eine neu zu begründende Fachzeitung aller im Handelsgewerbe Angestellten eintreten sollten. Redner wies nach, wie notwendig die Einrichtung eines solchen Fachorgans ist; dasselbe könnte aber nur dann bestehen, wenn es der Verband obligatorisch einführt, wodurch es eine größere Anzahl von Abonnenten bekommen würde und aus dem engeren Rahmen heraustreten könnte, was z. B. bei der „Einigkeit“ nicht möglich gewesen wäre, da dieselbe fortwährend mit Schulden arbeite. Redner verlas dann eine Aufstellung, wonach der Verband keine Kosten hat, wenn die Beiträge um 5 Pf. die Woche erhöht werden, und meinte, wenn die neue Zeitung obligatorisch eingeführt sei, werde sie auch agitatorisch wirken; die gewerkschaftliche Bewegung sei ja das Rückgrat der politischen. (Beifall.) Kollege O. Grauer als Korreferent führte dagegen aus, daß er als Kassier des Verbandes nicht in der Lage sei, für die obligatorische Einführung einzutreten, so lange es noch einen Konkurrenzverein gäbe; wenn das nicht wäre, dann würde er heute nicht Korreferent, sondern Referent sein. Ein großer Teil der Kollegen würde uns verloren gehen und dann reichten die 5 Pf. pro Woche nicht aus, sondern der Verband würde Einrichtungen fallen lassen müssen, was den Kollegen sicherlich nicht recht sein würde. Redner wünschte der Fachpresse keinen allzu großen Wert beigemessen, zumal das gesprochene Wort oft mehr wirke als das geschriebene. Ein großer Teil der Mitglieder gehöre dem Verbands nur wegen den Unterstüßungen an. Man würde durch eine Beitragserhöhung diesen dem Verein Berliner Hausdienen in die Arme treiben, dessen Monatsbeiträge niedriger sind. Redner verwies noch auf den früheren Unterstüßungsband der Hausdienen; als derselbe seinerzeit die „Einigkeit“ obligatorisch einführt, seien ihm in kurzer Zeit über 800 Mitglieder verloren gegangen; dasselbe würde jetzt auch der Fall sein. In der Diskussion sprachen die Kollegen Polig, Finzer, Uff, Hoffmann, Wappler, Reitz, Dreher, Hermann, Berlemann und Pfah für obligatorische Einführung, die Kollegen Kahle, Nürnberg, Bieg gegen dieselbe, worauf folgende Resolution angenommen wurde: „Die heute am 21. September tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Geschäftsdienner, Paster und Berufs-genossen erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Kapler einverstanden und beschließt auf Grund dessen das neu zu gründende Fachorgan obligatorisch einzuführen. Die Versammlung verpflichtet sich gleichzeitig, in der Oktober-Generalversammlung dafür einzutreten, daß die Beiträge um 5 Pf. pro Woche erhöht werden.“

In der Freien Vereinigung der Seifenfieder und Berufsgenossen sprach am 21. September Genosse G. Hoffmann über „Arbeitslohn“. Der Vortrag wurde mit vielem Beifall aufgenommen. Zu dem am 22. Oktober stattfindenden Vergütungen wählte man die Kollegen Gentschel, Träger und Mandel als Festordner. Es ließen sich einige Kollegen als Mitglieder aufnehmen. Die Versammlung endete mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Die Drechsler-Versammlung, welche am 21. September stattfand, wählte folgende Kollegen in den Vorstand: Klotsch 1. Vorsitzender, Freithaler 2. Vorsitzender, Baumberg Kassierer, Trümper 1. und Stecher 2. Schriftführer, Bruckner und Lehmann Beisitzer, Zeise und Trolle Revisoren. Die Ergänzungswahl zum Ausschuss wurde durch die Wahl des Kollegen Zeise erledigt. Der Punkt Arbeitslohn wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt, er ist in derselben als 1. Punkt zu verhandeln. Dann wurde vom Kollegen Vogt ein Brief der Kollegen einer Leipziger Werkstatt verlesen, den Beschluß darüber will Kollege Vogt selbst veröffentlichen lassen. Kollege Bruckner beantragte, man solle die Abrechnung vom Sommervergnügen in kommender Versammlung bekannt machen. Kollege Trolle theilte noch mit, daß sich die Geschäftsstelle für den Osten jetzt Langestr. 35 befindet. Einem jugendlichen Kollegen wurden zwei Schlafmarken und durch freiwillige Sammlung 1,10 M. überreicht.

In der Fachverein der Uhrmacher und verwandten Berufsgenossen hielt kürzlich Herr Sparfeld einen Vortrag über „Freiland“. Der Redner gab in längerem, mit Beifall aufgenommenen Ausführungen ein Bild des Inhalts des Pergla'schen Romans „Freiland“ und von der durch dieses Buch entstandenen Freiland-Agitation überhaupt, und glaubte annehmen zu können, daß auch die deutschen Arbeiter gut thäten, sich mit den Bestrebungen der Freilandbewegung vertraut zu machen, da es nicht ausgeschlossen sei, nach Pergla's Ideen bei uns günstige Resultate zu erzielen. In der Diskussion pflichteten die Kollegen Krüger, Mäher und Wagner dem Referenten bei. Herr Wagner betont noch die kurze Arbeitszeit, die in „Freiland“ herrschen solle. (Gegen das Studium der Freiland-Theorie ist wie gegen das Studium jeder anderen

Theorie natürlich nichts einzuwenden. Man kann auch aus dem Freiland lernen. Besser ist's aber schon, man holt sich bei der Wahrheit selbst Rath, und dann studirt man nicht „Freiland“, sondern den wissenschaftlichen Sozialismus eines Marx, Engels u. Red. d. V.) Der Vorsitzende theilte hierauf mit, daß eine große Anzahl der Mitglieder erheblich mit den Beiträgen restiren, und hat die Kollegen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Zu Revisions-Revisoren wurden die Herren Meiwald und Wittig gewählt, dieselben werden auch bei dem Vergütungskomitee als Revisoren fungiren. Kollege Käthe erwähnte, daß der Bruder-Verein in Hamburg-Altona sich leider aufgelöst habe; weiter theilte er mit, daß er wegen Verleumdung des Deutschen Uhrmacher-Gehilfenverbandes angeklagt sei. Die Verleumdung soll in einigen Worten enthalten sein, welche auf dem für die letzte öffentliche Versammlung ausgegebenen Laufzettel standen. Am 1. Oktober findet eine Generalversammlung statt. Herr Zunker wird in dieser Versammlung über „die Entstehung der Erde“ sprechen. Außerdem werden die Kollegen zur Versammlung der Ortskrankenkasse eingeladen.

Die hiesige Filiale des Verbandes deutscher Korbmacher hielt am 19. September ihre Mitglieder-Versammlung ab. Die Anwesenden hörten einer Vorlesung aus der Arbeiterbibliothek über: „Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in den Volksschulen“ mit Aufmerksamkeit zu. Nach kurzer Debatte hierüber wurden die Kollegen Großmann und Schall als Ausschussmitglieder gewählt. Dann wurde beschlossen, in Anbetracht des überaus schlechten Geschäftsganges und der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit einen Situationsbericht im Verbandesorgan zu veröffentlichen, um die auswärtigen Kollegen vor der Zureife nach hier zu warnen. Auch sei an dieser Stelle noch darauf aufmerksam gemacht, daß Kollegen, welche aus der Berliner Ortskrankenkasse auszutreten beabsichtigen, die Kündigung bis zum 30. September d. J. an Herrn Pleße, Klerstr. 34, schriftlich zu besorgen haben. Der definitive Austritt erfolgt am 1. Januar 1893. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Jungnickel, Wienerstr. 11, unsere Herberge bei Stramm, Ritterstraße 123. Die nächste Versammlung findet am 17. Oktober statt.

Die Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche Beschäftigten Berufsgenossen hielt am 20. September eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Genosse Robert Schmidt über die Ziele der Sozialdemokratie referirte. Er erntete lebhaften Beifall. Nachdem einige Redner im Sinne des Referenten gesprochen und der Vorsitzende zu recht zahlreichen Theilnahme an den nächsten Versammlungen aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

In der Verband der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Berlin, sprach kürzlich Genosse Mehner über das Thema: „Was lehrt uns die Schule? Was lehrt uns das Leben?“ Der Redner führte aus, die Schule, d. h. die Gemeindegemeinschaft sei keine Vorbildung für's Leben, denn um dieses zu sein, wäre es vor allen Dingen nöthig, Naturwissenschaft und Geschehenskunde mit in der Schule zu lehren, und nicht, wie es jetzt geschieht, als Hauptfächer den konfessionellen Religionsunterricht und die Geschichte zu betrachten. Eine Neuerung werde erst dann eintreten, wenn die Schule nicht mehr im Sinne der jetzt herrschenden Klasse geleitet werde, und das könne nur bewirkt werden durch den Sieg der Sozialdemokratie. Der Redner erntete reichen Beifall. In der Diskussion theilnahmen sich im Sinne des Referenten die Kollegen Thomsen, Niehm, Pittmann und Dopsch. Hieraus wurde Kollege Fehner zum zweiten Kassierer gewählt. Vorsitzender Pittmann erwähnte dann der Abreise der 2 Kollegen Pleßmann und Jemter nach Paris, welcher Ort wegen Streiks für die Kürschner gesperrt ist; ferner beschloß man auf Antrag Niehm: „Der Vorstand soll bei dem Pariser Fachverein anfragen, ob die zwei Kollegen Streikbrecher geworden sind. Wenn dies der Fall, sind dieselben aus dem Verband auszuschließen.“ In Betreff des vorgeschommenen ruheständigen Lärms soll der Wirth befragt werden, ob er dies abändern wolle, wenn nicht, soll ein neues Vereinslokal gesucht werden. Aus dem Bericht des Arbeitsnachweises (vom Kollegen Mertins gegeben), ergab sich, daß denselben 35 Kollegen, wovon 10 nicht im Verband, in der Zeit vom 1. Mai bis 12. September benutzt haben. Arbeit erhalten haben 19, wovon 5 nicht im Verband sind. Es wurde beschlossen, an sämtliche Unternehmer in Sachen des Arbeitsnachweises ein Zirkular zu senden. Scharf geladelt wurde das Benehmen der Kollegen Sterberg und Matthäi, welche 14—20 Stunden arbeiten.

In einer Stinkateur-Versammlung berichtete am 20. September Kollege Adolf Pohl, daß ihm die Firma Liefeld für Ansehen an die Passade Preise angeboten habe, welche weit unter dem Tarif ständen. Der Bau befände sich in Spandau und würden die jetzt dort arbeitenden Kollegen Richard Dastl und Albert versuchen, noch andere Kollegen heranzuziehen, weshalb hierdurch gewarnt wurde. Weiter wurde berichtet, daß die Firma Schulte in Lichterfelde ihren Stud von der gesperrten Firma Meermann bezöge; daselbst arbeite der Kollege Winterlich, welcher diesen Stud ansehe. Ferner sollen die Kollegen Meyer jr. und Kiepler Teilungsgesimse unter dem Tarif ansehen. Der Vertrauensmann machte noch bekannt, daß die neuen Unterstüßungsarten und Marken von jetzt ab zur Aufgabe gelangen. An Stelle des aus der Arbeitsnachweis-Kommission ausgetretenen Kollegen Kleinert wurde Kollege Ullm gewählt.

Friedrichsfelde. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 22. September eine Versammlung ab, in welcher Genosse Thal über das Thema „Geschichtsführung“ sprach. Der Referent entledigte sich seines ca. 1 1/2 stündigen Vortrages in trefflicher Weise und bewies u. A. klar und deutlich, daß der heutige Geschichtsunterricht in der Schule sehr viel zu wünschen übrig läßt. In der Diskussion theilnahmen sich mehrere Genossen im Sinne des Referenten. Das Stützungsfest wird am Orte gefeiert. Am 9. Oktober findet eine Volksversammlung für Friedrichsfelde statt, in welcher die Wahl eines Vertrauensmannes vorgenommen wird. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Nächste Versammlung: Donnerstag, den 6. Oktober.

Die Filiale der Posamentiere Berlins hielt am 22. September ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Fachkommission und deren Neuwahl erstattete Kollege Mahly Bericht. Aus demselben war zu erfsehen, daß die Kommission meist mit Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit zu thun hatte, denen einerseits Lohnabzüge, andererseits unwürdige Behandlung zu Grunde lagen. Die Thätigkeit der Kommission ist oftmals in die Länge gezogen oder gänzlich lahm gelegt worden durch die Furcht der Kollegen und deren Argwohn gegen einander. Aus der Neuwahl gingen die Kollegen Mahly, Fische, Ad. Silberstein, Börner, Alschner, Nolting, Jäpper als gewählt hervor. Den hierauf erstatteten Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission und deren Neuwahl mitzutheilen, wurde zu viel Raum in Anspruch nehmen; es ist beschlossen worden, einen Bericht darüber im Fachblatt erscheinen zu lassen. Hier sei nur die Neuwahl bekannt gemacht. Gewählt wurden die Kollegen Mäkel, Oskar Müller, Jehms, Nolting, Born, Pesche, Giers, Zensen. Zum Punkt: Stellungnahme zu den Beschlüssen des Verbandstages verlas Kollege Alschner die Hauptpunkte des Protokolls und äußerte sein Bedauern über das Resultat des Kongresses; da dies aber nicht zu ändern sei, müsse man sich fügen, weil durch entgegen gesetztes Handeln noch mehr Verwirrung und Zerfahrenheit geschaffen werde. Kollege Klau meinte, die Delegierten hätten nicht die

Mehrzahl der Kollegen auf ihrer Seite, weshalb bei einer Abstimmung ein ganz anderes Resultat herauskommen würde. Er unterzog die Gründe, welche die Hamburger bevoegen, gegen den Anschluß an den Textilarbeiter-Verband zu stimmen, einer Kritik, und erklärte die Organisation derselben für eine schlaife. Die Furcht vor Maßregelung sei die Triebfeder ihres Handelns gewesen; sich so vor dem Kapital zu beugen, sei schärfstens zu mißbilligen. Kollege F. Berger tabelte besonders, daß man nicht von der Resolution gehört habe, welche Berlin einfaßte; man müsse dieselbe abstrichlich todgeschwiegen haben. Zu dieser Resolution sei man erst nach reiflicher Ueberlegung geschritten, nachdem durch eine fünfjährige Kommission sich herangestellt hätte, daß durch Verbesserung der Statuten unserem Verbands nicht geholfen werde. Er denke heute noch so wie damals und sei für Anschluß an den Textilarbeiter-Verband. E. Bule und Mosch nahmen die Hamburger Kollegen in Schutz. Letzterer schilderte, auf welche Art und Weise die Herren Innungsmeister vorgehen, wenn sich Jemand durch rege Theilnahme am Fachverein hervorthue; werde ein Arbeiter dann entlassen, so sehen sich diese Herren durch Telephon miteinander in Verbindung, damit er in Acht und Bann läme. Kollege Schu bert führte aus, er sei von Anfang an gegen den Anschluß gewesen, sei auch nicht für den jetzigen Verband. Man verlange von den Filialen 1/3 ihrer Einnahme, 1/3 solle in ihren Kassen bleiben; mit einem solchen Taschengelde könne man nichts anfangen. Wir hätten in früheren Jahren mehr erreicht, und waren für etwaige Fälle stets gewappnet, weil wir stets eine gefüllte Kasse hatten. Er trete für den Sozialverband ein. Am Schluß betonte er, nun haben die Kollegen in früheren Versammlungen für Anschluß gestimmt, mögen sie auch demgemäß bei der heutigen Abstimmung konsequent bleiben. Kollege Kretschmann erklärte sich auch für den Anschluß, da ein Verband von 3000 Personen einen größeren Rückhalt biete, als ein solcher von 400. Kollege Kolting führte das Verhältnis in Elberfeld an; dort seien 12 Posamentier- und 800 Textilarbeiter organisiert. Durch Anschluß erwachse den Kollegen dort ein großer Nutzen. Während Kollege Müller vor allzugroßer Ueberreilung warnte und das Für und Wider in längerer Rede erörterte, ließ beim Vorstand folgende Resolution ein: „Die heutige Versammlung erklärt auf Grund ihrer zum Verbandstages gestellten Resolution den Anschluß an den Textilarbeiter-Verband.“ Die Abstimmung ergab: 34 dafür, 15 dagegen. Nach Bekanntwerden des Resultats erklärte Alschner das Amt als 1. Vorsitzender niederzulegen zu müssen, und verließ mit Kollegen Schubert die Versammlung. Da zum Punkt „Gewerkschaftliches“ nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

In der öffentlichen Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer, welche im Süden am 22. September tagte, hielt Genosse Gerisch einen Vortrag über die Gewerbebegehrte. In der Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Bule, Kirmes und Wegner im Sinne des Referenten. Als Kandidaten wurden die Kollegen He y n e, A. Wegner, Kirmes und P l a h einstimmig aufgestellt.

In einer öffentlichen Versammlung der Granit- und Marmorarbeiter sprach Genosse Millarg über Gewerbebegehrte. Nachdem der Redner den Gesetzentwurf einer eingehenden Kritik unterzogen und den Wahlmodus beleuchtet hatte, forderte er die Anwesenden auf, sich trotz der Mängel des Gesetzes rege an den Wahlen zu betheiligen. Nach längerer Diskussion, in welcher die Herren Paulikat, Mudra, Hertel, Sturm und Köhlschmann sprachen, wurde in der Person des Herrn Paulikat ein eigener Kandidat der Granit- und Marmorarbeiter aufgestellt. Dann machte Genosse Millarg auf die freiwillige Sanitätskommission der Arbeiter aufmerksam und forderte die Anwesenden auf, alle Ungehörigkeiten, die in Bezug auf die Klostelanlagen u. s. w. der Fabriken und Wohnungen vorhanden, wahrheitsgetreu dem Genossen Dr. Jabel mitzutheilen. Es wurde noch die Bildung eines „Gesangvereins der Marmor-Granitarbeiter“ in Anregung gebracht und Herr Mudra damit beauftragt, die einleitenden Schritte zu thun.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am Montag bei Philipp, Rosenthalerstr. 35, ihre übliche Versammlung ab. Als Erklärung zu dem am 9. Oktober stattfindenden Besuche der Urania referirte Herr Dr. Borchardt über die Sebenswürdigkeiten derselben, dabei kurz auf die Möglichkeit der Urania für den Arbeiter hinweisend. Auch die sonst übliche moderne Profrivuth sei bei diesem gemeinnützigen Unternehmen nicht im Spiele; dies beweise, daß der Ueberfluß immer wieder zur Vergrößerung des Instituts verwendet werde. Da die „Urania“ des Sebenswerthen zu viel bietet, als daß alles in einem Vortrag behandelt werden könnte, wird der genannte Redner, dessen Ausführungen großen Beifall fanden, am Montag, den 3. Oktober, über Elektrizität und Spektalanalyse sprechen. Es wurde noch auf den am 1. Oktober beginnenden neuen Lehrkursus, speziell auf die beiden neuen Lehrfächer „Logik und Mathematik“ aufmerksam gemacht.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins hielt am 24. September Zahnarzt Dr. Wolf einen interessanten Vortrag über das Thema: „Wie stellt sich die bürgerliche Gesellschaft zum Gedanken des Sozialismus?“ Er erntete reichen Beifall. In der Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Sparfeld, Bingis, Blum, Rüdiger, Aldrich und Wittig. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende bekannt, daß, nachdem die Werkstatt-Kontrollkommission, welche in letzter Zeit von der Öffentlichkeit gewählt worden, ihr Amt niedergelegt habe, der Verein gezwungen sei, selbst wieder eine solche zu wählen. Die Wahl wurde auf Antrag des Kollegen Lukas bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Weiter wurde bekannt gemacht, daß aus einer Verhandlung, welche mit dem Vorstand und den Kollegen aus der Fabrik des Herrn Laurinat stattgefunden hat, ein Kollege aus der betreffenden Fabrik namens Hartmann (der jüngere zweier Brüder) die Liebenswürdigkeit besessen hat, Kesperungen seiner Kollegen in entsetzlicher Weise sofort durch Mittelpersonen seinem Fabrikanten respektive dessen Vertreter mitzutheilen. Dann machte Dr. Wolf auf die freiwillige Sanitätskommission der Berliner Arbeiter aufmerksam und eruchte, über wahrgenommene sanitäre Uebelstände entweder ihm (Dr. Wolf, Chausseestr. 104) oder dem Genossen Dr. J a d e l, Annenstr. 46, Mittheilung zu machen. Zum Schluß kam noch eine Angelegenheit aus der Fabrik von Gischow zur Sprache; dieselbe wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Neu aufgenommen wurden 6 Mitglieder.

Briefkasten der Redaktion.

S., Schöneleinstr. Paster gehörte zuletzt zu den Sozialisten, die sich von der national-liberalen Partei trennten, und sich nach seinem Tode mit der alten Fortschrittspartei zur „deutsch-christlichen Partei“ vereinigten.

G. O. Sollen wir etwa jeden Mist, der sich im „Berliner Tageblatt“ ablagert, besonders kritisiren?

190. Weinstraße. Sie haben keinen Anspruch auf Schadenersatz.

G. R., Züdenstraße. Die Reime sind zwar gut gemeint, aber für uns nicht zu verwenden.

Freimaurer sind ein geheimthuender Bourgeoisverein und haben mit der Sozialdemokratie nichts zu thun.